

Normative Politische Theorie.  
Wissenschaftstheoretische Grundlagen und  
Anwendungen am Beispiel des politischen Mordverbots

Kapitel 1

von Jörg Tremmel

Stand: 1. August 2019 (pre-press version)

## 1. Inhaltsverzeichnis von Kapitel 1

2.	Verortung normativer Forschung innerhalb der Politikwissenschaft .....	3
2.1	Anekdotische Einführung: Ein Demokratie-Verächter in einem Seminar .....	3
2.2	Politische Theorie? Politische Philosophie? Politische Ethik?.....	5
2.3	Die Bestandteile des Fachs Politische Theorie .....	12
2.3.1	Ideengeschichte / Geschichte des Politischen Denkens .....	12
2.3.2	Begriffsklärungen / Bedeutungsanalysen .....	21
2.3.3	Normative Politische Theorie.....	31
2.3.4	Wissenschaftstheorie der Politikwissenschaft.....	44

## 2. Verortung normativer Forschung innerhalb der Politikwissenschaft

### 2.1 Anekdotische Einführung: Ein Demokratie-Verächter in einem Seminar

Anekdotisch hat sich kürzlich folgender Dialog in einem universitären Seminar zugetragen.

Seminarteilnehmer: „*Die Demokratie ist jedenfalls nicht die beste aller Staatsformen.*“

Professorin (Seminarleitung): „*Doch, die Demokratie ist die Staatsform, die mit den wenigsten Mängeln behaftet ist. Die staatliche Ordnung sollte liberal-demokratisch sein. Und jeden, der eine liberale Demokratie beseitigen will, muss man daran zu hindern versuchen.*“

Seminarteilnehmerin: „*Wissen Sie das oder glauben sie das nur?*“

In der Politikdidaktik wird kontrovers diskutiert, ob es das Ziel sein sollte, die demokratische Ordnung in den Köpfen und Herzen (heranwachsender) Bürger zu verankern, oder ob dies ein falscher Moralismus wäre.<sup>1</sup> Diese Debatte lässt sich jedoch nicht entscheiden, ohne vorher die allgemeine Frage nach dem Wahrheitswert von normativen und evaluativen<sup>2</sup> Behauptungen zu diskutieren. Die eingangs geschilderte Lehr-Lern-Situation, in der ein Studierender eine Lehrperson fragt, ob sie glaube oder wisse, dass die Demokratie *besser* ist als ihre Alternativen, dürfte nicht wenige Politikwissenschaftler zu ausweichenden Antworten veranlassen. Dürfen sich seriöse Politikwissenschaftler im Rahmen ihrer Lehre normativ-evaluativ positionieren? Hat nicht schon Max Weber die ‚Kathederwertung‘ kritisiert, also das Verbreiten von Werturteilen vom privilegierten Pult hinab auf ein studentisches Publikum, welches nicht in gleicher Weise sprech- bzw. antwortfähig ist? Er schrieb: „Es ist doch ein beispielloser Zustand, wenn zahlreiche staatlich beglaubigte Propheten nicht auf den Gassen oder in den Kirchen oder sonst in der Öffentlichkeit (...) predigen, sondern in der angeblich objektiven, unkontrollierbaren, diskussionslosen und also vor allem Widerspruch sorgsam geschützten Stille des vom Staat privilegierten Hörsaals ‚im Namen der Wissenschaft‘ maßgebende Kathederentscheidungen über Weltanschauungsfragen zu Besten zu geben sich herausnehmen.“<sup>3</sup> Weber deutet einen möglichen Ausweg an: „Jedenfalls wäre aber die prinzipielle Inanspruchnahme des Rechts der Kathederwertung m.E. nur dann konsequent, wenn zugleich Gewähr dafür geschaffen würde, dass *alle* Parteiwertungen Gelegenheit hätten,

---

<sup>1</sup> Vgl. Buchstein 2004, 58.

<sup>2</sup> ‚Normativ‘ und ‚evaluativ‘ (‚wertend‘) werden hier wie folgt unterschieden: Charakteristische Phrasen in Sätzen über Normen sind ‚sollen‘, ‚dürfen‘, ‚gebieten‘, ‚verboten‘, ‚verpflichtend‘, ‚erlaubt‘. Charakteristische Phrasen in Sätzen über Wertungen sind ‚gut‘, ‚schlecht‘, ‚tadelnswert‘, ‚lobenswert‘, ‚schlimm‘, ‚scheußlich‘, etc. inklusive deren Komparative und Superlative. Wenn von einem normativen und einem empirischen Zweig in der Politikwissenschaft gesprochen wird, so meint ‚normativ‘ in der Regel Norm- und Werttheorien gleichermaßen (Wingert 1993, 170).

<sup>3</sup> Weber 1988a [1917], 492.

sich auf dem Katheder Geltung zu verschaffen.“<sup>4</sup> In Bezug auf den schulischen Kontext hat der Beutelsbacher Konsens dies aufgegriffen.<sup>5</sup> Einer der Leitsätze lautet: *Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen*. Nun war die Frage nach der besten Staatsform in den letzten Jahrzehnten nicht mehr ernsthaft kontrovers. Gleichzeitig blieb es die Mehrheitsmeinung, dass der epistemische (also die Erkenntnis betreffende) bzw. metaethische Status von normativen Aussagen schwer zu (er)klären sei. „Sollte etwa das Urteil, die gegenwärtige Staatsordnung der Bundesrepublik Deutschland sei besser als die des Dritten Reiches, anstatt rational begründbar, wirklich nichts weiter als eine Sache willkürlicher Festlegung oder persönlichen Bekenntnisses sein?“<sup>6</sup> – diese Frage des Wissenschaftstheoretikers Norbert Hoerster bekommt angesichts der immer neuen Infragestellungen der gegenwärtigen Staatsordnung der Bundesrepublik, aber auch anderer Demokratien, neue Aktualität zu. Wie steht es überhaupt mit der Beweisbarkeit bzw. Falsifizierbarkeit von evaluativen und normativen ‚Hypothesen‘ – gerade auch im Vergleich mit ihren empirischen Pendanten? Wenn es hier ein Wissensdefizit gibt, und genau dieses wird auch der Politikwissenschaft unterstellt,<sup>7</sup> so kann der Versuch, es zu verringern, sicher nicht falsch sein.

---

<sup>4</sup> Weber 1988a [1917], 495.

<sup>5</sup> Der Beutelsbacher Konsens ist das Ergebnis einer Tagung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg zusammen mit Politikdidaktikern unterschiedlicher parteipolitisch oder konfessionell bedingter Lager im Herbst 1976 in Beutelsbach (Frech/Richter 2017). Der Konsens legt die Grundsätze für politische Bildung fest, darunter auch drei Grundprinzipien des Politikunterrichts.

*1. Überwältigungsverbot (Indoktrinationsverbot)*

Es ist nicht erlaubt, den Schüler – mit welchen Mitteln auch immer – im Sinne erwünschter Meinungen zu überrumpeln und damit an der ‚Gewinnung eines selbständigen Urteils‘ zu hindern. Letzteres wäre nicht mehr politische Bildung, sondern Indoktrination. Indoktrination aber ist unvereinbar mit der Rolle des Lehrers in einer demokratischen Gesellschaft und der – rundum akzeptierten – Zielvorstellung von der Mündigkeit des Schülers.

*2. Kontroversität (Gegensätzlichkeit)*

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers erscheinen. Der persönliche Standpunkt des Lehrers, seine wissenschaftstheoretische Herkunft und seine politische Meinung sollen nicht dominieren. Sobald unterschiedliche Standpunkte unter den Tisch fallen, Optionen unterschlagen werden, Alternativen unerörtert bleiben, ist der Weg zur Indoktrination beschritten.

*3. Schülerorientierung*

Der Schüler muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenlage zu analysieren, sowie nach Mitteln und Wegen zu suchen, die vorgefundene politische Lage im Sinne seiner Interessen zu beeinflussen.

<sup>6</sup> Hoerster 1976, 9.

<sup>7</sup> So der Präsident der Universität Hamburg, Dieter Lenzen (2017, 298): „Die gegenwärtigen hochspezialisierten Wissenschaften leiden unter einem Epistemologie-Defizit.“

## 2.2 Politische Theorie? Politische Philosophie? Politische Ethik?

Heutzutage wird die Politikwissenschaft meist in vier<sup>8</sup> Subdisziplinen eingeteilt:

- 1) Politisches System der Bundesrepublik (bzw. in anderen Ländern das jeweilige politische System);<sup>9</sup>
- 2) Vergleichende Politikwissenschaft/Komparatistik;<sup>10</sup>
- 3) Internationale Beziehungen;
- 4) Politische Theorie.

Wo ist der Ort der ‚Normativität‘ – gemeint ist inhaltlich die Beschäftigung mit normativen Fragen in Forschung und Lehre und institutionell die Ansiedlung entsprechender Professuren – in diesem Schema? Prima facie in der Subdisziplin der Politischen Theorie. Die Überprüfung der Vermutung, dass ‚Normativität‘ tatsächlich ein Arbeitsfeld von Politischen Theoretikern darstellt, ist jedoch schwieriger als es auf den ersten Blick scheint. Einerseits ist Politische Theorie als Teildisziplin der Politikwissenschaft verankert. Sie hat

- ... einen festen Platz im Neuerscheinungsprogramm politikwissenschaftlicher Verlage und im Rezensionsteil politikwissenschaftlicher Zeitschriften.
- ... einen festen Platz im Curriculum politikwissenschaftlicher Studiengänge.

Und Professuren mit entsprechender Denomination (Politische Theorie; Politische Theorie und Ideengeschichte) finden sich im Stellenplan der größeren politikwissenschaftlichen Institute und machen rund 14 Prozent aller Professuren des Fachs aus.<sup>11</sup>

Andererseits wird der Gegenstandsbereich der Politischen Theorie ganz unterschiedlich definiert, und nicht alle Definitionen schließen ‚Normativität‘ mit ein.

Gary S. Schaal und Felix Heidenreich, selbst Verfasser mehrerer Einführungs- und Lehrbücher zur Politischen Theorie, konstatieren: „Mitunter gewinnt man den Eindruck, dass die Politische Theorie sich überwiegend performativ durch *Selbstkategorisierung* konstituiert und identitätsstiftend gegen andere Fächer und Disziplinen abgrenzt. Politische Theorie lässt sich nur tautologisch bestimmen als jene Form der theoretischen Arbeit, die von den Autoren

---

<sup>8</sup> Zum Beispiel Münkler/Kraus 2003, 41; Berg-Schlosser/Stammen 2003, 138.

<sup>9</sup> Gelegentlich wird innerhalb der EU-Länder eine entsprechende Professurenbenennung so erweitert, dass sie die EU-Ebene mitberücksichtigt.

<sup>10</sup> Manchmal wird dieser Pfeiler mit dem ersten zu ‚Vergleichende Regierungs- und Systemlehre‘ zusammengefasst. Entsprechende Aufzählungen kommen dann auf drei Subdisziplinen (etwa Jesse/Liebold 2011, 514).

<sup>11</sup> Buchstein (2015, 30) nennt einen Anteil von 14,2 Prozent aller Professuren des Fachs im Jahr 2014. In absoluten Zahlen sind das 53 von 373 Professuren.

einerseits selbst als Politische Theorie tituliert wird und andererseits im Diskurs innerhalb der *scientific community* auch als solche anerkannt und akzeptiert wird.“<sup>12</sup>

Dies führt dazu, dass das Bild der Politischen Theorie in Deutschland „freundlich ausgedrückt, pluralistisch, weniger freundlich ausgedrückt, diffus“ ist.<sup>13</sup> Der Empiriker Jürgen Hartmann schreibt konsterniert:

„Der Facettenreichtum der politischen Theorie erschließt sich dem suchenden Leser freilich erst dann, wenn er eine Reihe Bücher durchblättert, Einleitungen überfliegen und Inhaltsverzeichnisse konsultiert hat. Geradezu typisch für die Situation: Klaus von Beyme legte Anfang der 1990er Jahre nahezu gleichzeitig Bücher mit den Titeln ‚politische Theorie‘ und ‚Theorie der Politik‘ vor, die sich jeweils mit gänzlich verschiedenen Gegenständen, einmal mit sozialwissenschaftlichen und ein anderes Mal mit philosophischen und wissenssoziologischen Theorien befassen [Fn: Klaus von Beyme: Die politischen Theorien der Gegenwart. Eine Einführung. 7. Aufl. Opladen 1992; Klaus von Beyme: Theorie der Politik im 20. Jahrhundert. Von der Moderne zur Postmoderne, Frankfurt/M. 1991]. Brodocz und Schaal wiederum packen beides unter der gemeinsamen Überschrift der politischen Theorie zusammen [Fn: André Brodocz und Gary S. Schaal (Hg.): Politische Theorien der Gegenwart, 2 Bde., 3. Aufl., Opladen 2009]. (...) Politische Theorie, dieser Eindruck drängt sich auf, bedarf aus Betreibersicht keiner großen Erklärung.“<sup>14</sup>

Auch Werner Patzelt beklagt, dass ‚Politische Theorie‘ das unklarste Profil aller politikwissenschaftlichen Teilfächer habe und die in diesem Bereich Forschenden und Lehrenden auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Dinge täten: „Einige beschäftigen sich vor allem mit der *Geschichte* politischen Denkens: mit einzelnen Epochen (Antike, Mittelalter, Neuzeit, Gegenwart), mit einzelnen *Strömungen* (Vertragstheorie, Liberalismus, Konservatismus, Sozialismus, Kommunitarismus...), mit einzelnen *Denkern* (von Aristoteles bis Arendt, von Hobbes bis Habermas, von Platon bis Popper, von Rousseau bis Rawls) oder mit der theoretisch-ideengeschichtlichen Durchdringung wichtiger politischer Sachverhalte (entfaltet als Staatstheorie, Demokratietheorie, Theorie der Zivilreligion usw.). Andere greifen als systematische Sozialphilosophen oder von ihrer fachlichen Spezialisierung her bewertend und kritisierend in aktuelle politische Debatten ein, (...) Wieder andere machen sich daran, die politische – und mitunter auch die politikwissenschaftliche – Fachsprache auszulegen, zu klären oder zu formen. (...) Eine weitere Gruppe geht den Weg hin zu empirischen

---

<sup>12</sup> Schaal/Heidenreich 2016, 18.

<sup>13</sup> Niesen 2007, 126; Behnke 2012, 76.

<sup>14</sup> Hartmann 2012, 9 f.

Forschungen, deren Gegenstand dann nicht nur historische politische Denkweisen, sondern auch das politische Alltagsdenken von Zeitgenossen (...) sind.“<sup>15</sup>

Henning Ottmann, der eine *Geschichte des politischen Denkens* im Umfang von 3.500 Seiten geschrieben hat, kritisiert diese Beliebtheit.<sup>16</sup> Er nennt die Vieldeutigkeit des Begriffs ‚Theorie‘ als maßgeblichen Grund, warum er sein Werk nicht *Geschichte der Politischen Theorie* betitelt hat: „Geschichten der Klassiker, Geschichten der politischen Philosophie und Geschichten der Ideen – neben diesen häufig zu findenden Titeln begegnen auch Geschichten der Politischen Theorie. Sie scheinen prima facie den Vorzug zu besitzen, einen von jeder Wissenschaft reklamierten Begriff, den der ‚Theorie‘, zu verwenden. Aber auch der Begriff der ‚Theorie‘ ist ungeeignet, ein Oberbegriff für alle Arten der Reflexion auf Politik zu sein. So ist es keineswegs ausgemacht, dass es politische ‚Theorie‘ überhaupt geben soll.

Philosophen von Aristoteles über Burke bis zu Oakeshott sind der Meinung gewesen, dass man sich der Politik besser nicht auf den Flügeln der Theorie, sondern eher auf den Füßen der Erfahrung zu nähern hat. Darüber hinaus besitzt der Begriff ‚Theorie‘ eine schillernde Vieldeutigkeit. In der Neuzeit hat er oft einen szientistischen Beigeschmack. (...) Daneben steht die Urbedeutung von ‚Theorie‘, die von den Griechen entdeckt wurde und soviel wie ‚Schau‘, ‚Erkenntnis‘, ‚Erkenntnis um der Erkenntnis willen‘ bedeutet. (...) Theorie wird bei den Griechen als ein Selbstzweck, nicht als ein Instrument oder eine Technik verstanden, und ein solcher Begriff von Theorie hat die klassische Theorie von Platon bis Hegel geprägt. Eine wiederum andere Bedeutung von Theorie wurde von den linken Schülern Hegels erfunden. Es ist die von Marx bis zur Frankfurter Schule propagierte „Kritische Theorie“ (...). Die Theorie selbst soll emanzipatorisch wirken. Sie wird abgegrenzt von der selbstzweckhaften, klassischen, ‚traditionalen‘ Theorie, die Erkenntnis allein um ihrer selbst willen sucht (...).“<sup>17</sup>

Für Schaal und Heidenreich stellt sich die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung von ‚Theorie‘ wie folgt dar: „Ein Grund hierfür ist sicher, dass man bei der Bestimmung des Theoriebegriffs in einen Regress gerät: Um eine Theorie der Theorie angeben zu können, bedarf man bereits einer Theorie.“<sup>18</sup>

---

<sup>15</sup> Patzelt 2013, 496.

<sup>16</sup> „Viele Titel, viele Namen. Manches Mal scheinen sie ohne besonderen Bedacht gewählt worden zu sein.“ (Ottmann 2001, 2).

<sup>17</sup> Ottmann 2001, 4. Und kritisch in Richtung der Fachbezeichnung Politische Philosophie: „Vieles von dem, was bleibt, ist von den Philosophen bedacht worden, und es gibt zahlreiche Geschichten, die allein der politischen Philosophie gewidmet sind. Das ist verständlich, macht die politische Philosophie doch einen großen Teil des Kanons politischer Werke aus. Aber die Philosophie besitzt kein Monopol für die Deutung der Politik. Das Nachdenken über Politik gehört nicht einer Disziplin allein.“ (Ottmann 2001, 3).

<sup>18</sup> Schaal/Heidenreich 2016, 22. Dagegen ließe sich jedoch einwenden, dass Klärungsversuche, was ein Begriff bedeuten solle, nicht in einen unendlichen Regress münden müssen. Die Arbeit an einer

Auch in den englischsprachigen Büchern mit ‚Political Theory‘ im Titel finden sich ganz unterschiedliche Auslegungen des Gegenstands dieser Disziplin. Kompendien wie das *Oxford Handbook of Political Theory*,<sup>19</sup> das *Handbook of Political Theory*<sup>20</sup> oder *The Routledge Companion to Social and Political Philosophy*<sup>21</sup> gleichen Sammelcontainern, deren roter Faden nicht auf den ersten Blick aufscheint. Im letztgenannten Sammelband ist das siebte Kapitel *Normative Foundations* einer von acht Teilen (72 Seiten) des 841seitigen ziegelsteingroßen Werkes. Hier scheint Normativität also zwar eine Heimat zu haben, aber keine allzu große Rolle zu spielen.

Zur Unübersichtlichkeit trägt auch die unklare Abgrenzung zwischen ‚Politischer Theorie‘ und ‚Politischer Philosophie‘ bei. Nimmt man etwa die beiden Werke *A History of Political Theory*<sup>22</sup> und *History of Political Philosophy*<sup>23</sup> unbedarft aus dem Regal der Bibliothek, so kann man noch nicht wissen, ob sie gleiche Inhalte behandeln. Das Aha-Erlebnis erfolgt erst, nachdem man das Inhaltsverzeichnis aufgeschlagen hat: zwei Mal Ideengeschichte. Macht es Sinn, die ‚Politische Philosophie‘ unter die ‚Politische Theorie‘ subsumieren? Alternativ könnte ja auch ‚Politische Philosophie‘ als der Oberbegriff bestimmt werden. Oder beide Bereiche könnten so abgegrenzt werden, dass sie nicht-überlappende Gegenstände behandeln. Der Blick in die Literatur zeigt: Dies wird unterschiedlich gehandhabt. Marcus Llanque und Herfried Münkler entscheiden sich gegen eine Subsumierung und optieren für eine klare Trennung. Während für sie das akademische Fach ‚Politische Theorie‘ u.a. die Aufgabe hat, die Fülle der relevanten Probleme begrifflich zu erfassen, sei die Aufgabe der Philosophie die „(...) Suche nach letzten Wahrheiten (...)“.<sup>24</sup> Von anderen Autoren werden hingegen die Gegenstände von ‚Politischer Theorie‘ und ‚Politischer Philosophie‘ als identisch betrachtet. So schreiben Celikates und Gosepath: „Diese unterschiedlichen Bezeichnungen entsprechen vor allem einer wissenssoziologischen und institutionellen Zuordnung: Politische Philosophie wird in Instituten für Philosophie und politische Theorie in Instituten für Politikwissenschaft betrieben. Beide, politische Theorie und politische Philosophie, behandeln – zumindest nach

---

Definition des Begriffs ‚Theorie‘ kann nach bestimmten Kriterien vollzogen werden, die sich von der Arbeit an und mit Theorien unterscheiden (vgl. das Kapitel 1.3.2 *Begriffsklärungen/Bedeutungsanalysen*).

<sup>19</sup> Dryzek/Honig/Phillips 2008.

<sup>20</sup> Gaus/Kukathas 2004.

<sup>21</sup> Gaus/D’Agostino 2013.

<sup>22</sup> Sabine/Thorson 1973.

<sup>23</sup> Strauss/Cropsey 1987.

<sup>24</sup> Llanque/Münkler 2007, 7.



einer bestimmten Auffassung, der wir uns anschließen – jedoch inhaltlich dieselben Themen und verwenden dabei ein sich weitgehend überlappendes Methodenspektrum.“<sup>25</sup>

Nun ist die vorgeschlagene Gleichsetzung der Inhalte von ‚Politischer Theorie‘ und ‚Politischer Philosophie‘ auch nicht ohne Probleme. Denn anders als ‚Theorie‘ bezeichnet ‚Philosophie‘ unter anderem auch ein Universitätsfach, das man studieren kann.

Institutionell scheint es mal so, mal so gehandhabt zu werden, wie ein Blick auf die Denominationen der Professuren für Politische Theorie und/oder Politische Philosophie im deutschsprachigen Raum zeigt.<sup>26</sup> In vier Fällen finden sich in den Denominationen Doppelungen, wobei in drei Fällen die Politische Theorie vorne steht und in einem Fall die Politische Philosophie.<sup>27</sup> Eine im Juli 2015 in München gegründete Forschungsarbeitsgemeinschaft der Deutschen Gesellschaft für Philosophie (DG Phil) hat sich den Titel *Politische Philosophie und Politische Theorie* gegeben. Die einschlägige Gliederung der Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW) trägt den Namen *Politische Theorie und Ideengeschichte*. Man kann in Deutschland einen Masterstudiengang ‚Politische Theorie‘ studieren, der gemeinsam von der Goethe-Universität Frankfurt und der Technischen Universität Darmstadt angeboten wird, oder aber das Kombinationsfach ‚Philosophie, Politik und Wirtschaft‘, zum Beispiel an der Universität Hamburg, der LMU oder in Witten-Herdecke.

Reinhard Mehring hat darauf hingewiesen, dass ‚Politische Philosophie‘ vom inneren Wortsinn her doppeldeutig ist. Obwohl er sein eigenes Buch *Politische Philosophie* genannt hat, führt er aus, dass er den Titel für ungenau hält und den Buchtitel *Einführung in die Philosophie der Politik* bevorzugt hätte.<sup>28</sup> Mehring fürchtet, dass ‚Politische Philosophie‘ im Sinne von ‚Politisierter Philosophie‘ missverstanden werden könnte, pointiert gesagt wäre es dann ein Universitätsfach, in dem sich lauter *politische* Politische Philosophen tummeln.

---

<sup>25</sup> Celikates/Gosepath 2013, 23; Edge 2016, 14. Allerdings haben die institutionellen Anbindungen selbst bei gleichen Forschungsfragen und Methoden vermutlich Auswirkungen, da jeder Forscher wohl bis zu einem bestimmten Grade anschlussfähig in seinem Institut bzw. seiner Fakultät sein will. Die Vermutung, dass ideengeschichtlich ausgerichtete Forscherinnen ihren Büchern immer dann den Titel ‚Politische Theorie‘ geben, wenn sie an *politikwissenschaftlichen* Instituten beschäftigt sind, während Dozenten an philosophischen Instituten den gleichen Gegenstand ‚Politische Philosophie‘ nennen, trifft zwar meistens, aber nicht durchgehend zu. Manchmal werden auch Bücher aus der Feder von Politikwissenschaftlern mit ‚Politische Philosophie‘ betitelt, etwa Nitschke 2002 oder Becker/Schmidt/Zintl 2006.

<sup>26</sup> <https://www.theorieblog.de/index.php/professuren-fur-politische-theorie-und-philosophie-im-deutschsprachigen-raum/>.

<sup>27</sup> Politische Theorie und Philosophie (Freie Universität Berlin); Politische Theorie und Philosophie (KU Eichstätt). Politische Theorie und Philosophie (Uni Frankfurt); Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte (Freiburg).

<sup>28</sup> Vgl. Mehring 2011, 10. Nun ist das auch keine gute Lösung, denn im Englischen bedeutet ‚Philosophy of... (Natural Science, History, Sociology, Politics, whatever)‘, dass das betreffende Fach wissenschaftstheoretisch untersucht wird.

Gegen dieses semantische Missverständnis ist mithin ‚Politische Theorie‘ (als Studiengangs- oder Disziplinbezeichnung) genauso wenig gefeit.<sup>29</sup>

Wissenschaftspolitisch bedeutsam für die Formierung der ‚Politischen Theorie‘ als offizielle Teildisziplin der Politikwissenschaft ist die Nennung in der Saarbrücker Rahmenvereinbarung der Kultusministerkonferenz KMK 1960.<sup>30</sup> Dadurch wurde sie in der Lehrerausbildung als Teilgebiet verankert. In den Erläuterungen zur KMK-Richtlinie wird die Frage, ob Politische Philosophie eine Unterkategorie der Politischen Theorie ist, mit einem konsequenten ‚sowohl- als auch‘ beantwortet. Unter der Überschrift ‚Politische Theorie und politische Ideengeschichte‘ werden in der KMK-Richtlinie von 1960 die Teilbereiche ‚Politische Theorie und Ideengeschichte im engeren Sinne‘, ‚Politische Philosophie‘, ‚Wissenschaftstheorie‘ und ‚Fachgeschichte‘ genannt.<sup>31</sup>

Im Hinblick auf die Frage, in welches Fach ein Lehrbuch fällt, das sich inhaltlich und methodisch mit normativen politischen Hypothesen beschäftigt, hat die bisherige Untersuchung bisher kein klares Ergebnis gebracht. Einigermaßen solomonisch wäre folgende Setzung: Sowohl zur Politischen Philosophie als auch zur (normativen) Politischen Theorie. Nun stellt sich bei normativen Fragestellungen allerdings ohnehin die Rückfrage, ob die zuständige Disziplin nicht die ‚(Politische) Ethik‘ ist. Ethik ist definierbar als das systematische Nachdenken über die Moral. Als normative Disziplin trifft die Ethik Aussagen darüber, was Menschen tun sollen bzw. welches ihre Pflichten sind. Dabei werden Kriterien für gutes und schlechtes Handeln aufgestellt. Das Handeln von Individuen hat in der Regel Folgen für Andere, ist ergo ‚gemeinschaftsbezogen‘ (den Sonderfall von ‚Pflichten gegen sich selbst‘ einmal ausgenommen). Durch diesen Gemeinschaftsbezug ergibt sich die Verbindung zur Politik. ‚Ta politika‘ – das sind die bürgerlichen Angelegenheiten – im Gegensatz zur häuslichen Sphäre (‚oikos‘), die Privatangelegenheit bleiben soll. Auch im alltäglichen Sprachgebrauch sind ‚politische‘ Diskussionen, Entscheidungen, Maßnahmen etc. solche, bei denen es um öffentliche Angelegenheiten geht, die die gesamte Bürgerschaft (wobei deren

---

<sup>29</sup> Vielleicht wird aus diesem Grund von ‚Sozialphilosophie‘ und nicht von ‚Sozialer Philosophie‘ gesprochen. Letzteres könnte bei Außenstehenden den falschen Eindruck erwecken, dass eine derartige Philosophie sich von ‚unsozialer‘ Philosophie abgrenzen wolle.

<sup>30</sup> Vorausgegangen war den Saarbrücker Beschlüssen eine Welle von Hakenkreuzschmierereien an Synagogen und Zerstörungen jüdischer Friedhöfe durch neonazistische Jugendliche, welche national und international für breite Empörung gesorgt hatte (Buchstein 2004, S. 49). Dies führte zu einer bildungspolitischen Weichenstellung, von der das Fach Politikwissenschaft im Rückblick stark profitiert hat. Im September 1960 schufen die Kultusminister in verschiedenen Bundesländern zusätzlich zum Geschichtsunterricht neue Fächer wie Gemeinschaftskunde, Sozialkunde oder Politik. Der Ausbau der Politikwissenschaft in den nächsten Jahrzehnten (21 Professuren im Jahr 1959; 81 im Jahr 1969; 268 im Jahr 1979 und 313 im Jahr 1989, vgl. Buchstein 2004, 50) erfolgte maßgeblich unter Berufung auf die Lehrerausbildung und den entsprechenden Bildungsauftrag der Politikwissenschaft.

<sup>31</sup> Vgl. Buchstein 2015, 29.

Zusammensetzung umstritten sein kann) betreffen.<sup>32</sup> Die ‚Politische Ethik‘ oder ‚Ethik des Politischen‘ wäre vom inneren Wortsinn her also der Teilbereich der Angewandten Ethik, der den Raum des öffentlichen Zusammenlebens, speziell die für alle Bürger Geltung beanspruchenden Handlungsnormen und die darauf aufbauenden Normensysteme, behandelt. Es bliebe für Arbeiten, die sich mit Fragen des moralisch richtigen Handelns in der Welt der Politik auseinandersetzen wollen, nur die Zuordnung zur ‚Normativen Politischen Theorie‘ oder zur ‚Politischen Ethik‘ übrig. ‚Politische Philosophie‘ wäre dann gar keine Option mehr, denn warum sollte die Oberdisziplin genannt werden, wenn man auch exakter sein kann? Der Begriff ‚Politische Ethik‘ wird zwar in Aufzählungen von Bereichsethiken gelegentlich erwähnt, ist allerdings wenig etabliert,<sup>33</sup> das spricht gegen seine Verwendung im Titel dieses Buches. Und wenn ‚Politische Ethik‘ statt ‚Politische Philosophie‘ verwendet wird, so bezeichnet ersteres oft keinen Teilbereich der Angewandten Ethik, sondern eine Handlungsanleitung für politische Entscheidungsträger.<sup>34</sup>

Es scheint notwendig, zunächst einmal den diffusen Gegenstandsbereich des Faches Politische Theorie zu klären, bevor die Frage, wo Normativität ihren Ort in der Politikwissenschaft hat, endgültig beantwortet werden kann. Aus Sicht des Verfassers lassen sich vier Teilbereiche der Politischen Theorie unterscheiden:

- A) Politische Ideengeschichte / Geschichte des Politischen Denkens
- B) Begriffsklärungen / Bedeutungsanalysen (bezogen auf politikwissenschaftliche Begriffe)
- C) Normative Politische Theorie
- D) Wissenschaftstheorie (bezogen auf politikwissenschaftliche Forschung)

---

<sup>32</sup> Vgl. Celikates/Gosepath 2013, 14. Neben dieser ‚kurzen‘ Definition, die dort exakt lautet: „Politik ist die öffentliche Thematisierung und Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten eines Gemeinwesens, insbesondere durch allgemeinverbindliche Entscheidungen“ unterscheiden diese Autoren noch vier paradigmatische Verständnisse von ‚Politik‘: klassisch, liberal, ‚realistisch‘ und systemtheoretisch (Celikates/Gosepath 2013, 14-23).

<sup>33</sup> Zudem bestreiten einige Politikwissenschaftler, dass die Politische Ethik sich in die Bereichsethiken einordnen lasse, siehe **Kapitel 9 Ideale und nichtideale Theorie**.

<sup>34</sup> Einen wiederum anderen Akzent setzt dabei Schweidler 2014 mit seinem Buch: *Der gute Staat – Politische Ethik von Platon bis zur Gegenwart*. Hier werden christlich begründete normative Ansprüche von Individuen gegenüber staatlicher Gewalt postuliert, denen sich ein ‚guter‘ Staat zu stellen habe.

## 2.3 Die Bestandteile des Fachs Politische Theorie

### 2.3.1 Ideengeschichte / Geschichte des Politischen Denkens

#### 2.3.1.1 Eine Auswertung ideengeschichtlicher Lehrbücher

Die meisten Lehrbücher oder Vorlesungsskripte mit dem Titel *Politische Theorie* machen die Geschichte des politischen Denkens an Personen fest. Bei diesem ‚personenorientierten‘ Ansatz ist jedes Kapitel einer Einzelperson, gelegentlich auch einem ‚Team‘ (etwa Marx/Engels, oder Hamilton/Madison/Jay) gewidmet.

Das Wort ‚Klassiker‘, das nun spontan in den Sinn kommen mag, hat zwei Bedeutungen; es kann sowohl Personen als auch Texte bezeichnen. Bezogen auf Personen hat ‚Klassiker‘ eine zeitliche, eine methodische, eine thematische und eine qualitative Bedeutung. In der Regel sind Denker, die heute als ‚Klassiker‘ bezeichnet werden, spätestens Anfang des 20. Jahrhunderts verstorben. Spätere Denker werden unabhängig von der Qualität ihrer Schriften<sup>35</sup> ‚wichtige zeitgenössische Denker‘<sup>36</sup> oder Ähnliches genannt.

Ein zweiter Aspekt ist, dass man in der Regel in Lehrbüchern der Ideengeschichte keine Personen findet, die empirische Politikforschung betrieben haben bzw. betreiben – zumindest nicht mit den heutigen modernen Methoden.<sup>37</sup> Dies hat wesentlich damit zu tun, dass zu Lebenszeiten der Klassiker die Aufklärung, und damit das Zeitalter der Wissenschaften und ihrer Methoden, noch gar nicht angebrochen war. Jedenfalls fällt auf, dass der Klassiker-Status auffällig vielen Normativisten zuerkannt wird.

Ein dritter Aspekt ist, dass sich die als Klassiker bezeichneten Personen zu einschlägigen politikwissenschaftlichen Themen (Staat, Eigentum, Macht, Gerechtigkeit usw.) geäußert haben. Das vierte Kriterium, das Qualitäts-Kriterium, ist komplexer und nur wenige Chronisten äußern sich dazu. Ottmann ist einer von denen, die vor Vergleichen nicht zurückschrecken: „Eine Geschichte der Klassiker hat ihre Berechtigung, weil die Klassiker

---

<sup>35</sup> Frank (2015, 3) schreibt: „Manchmal ist das Widerstandspotential des alten Aristoteles immer noch größer als die publizistischen Eintagsfliegen, die nur dem Neuheitsappeal standhalten. (...) Ist nicht die analytische Philosophie gut beraten, sich in viel stärkerem Maße der Philosophiegeschichte zu besinnen? Nicht aus naseweiser Bescheidwisserei (wie Adorno das nannte), die einem Gedanken, statt seine Wahrheit zu prüfen, einen Vorgänger nachweist. Sondern um zu vermeiden, dass sie das Rad neu erfindet oder uns gar ein weit schlechter rollendes andreht als das alte. Schließlich tut uns die Geschichte nicht überall den Gefallen, in Richtung ‚Fortschritt‘ zu verlaufen. Wichtige gedankliche Durchbrüche werden durch falsche Meinungen oder Theoriemoden verdrängt. Dem apokalyptischen Aktualismus derer, die einen Text schon darum für verdächtig halten, weil er älter als fünf Jahre ist, ist Schopenhauers Diktum entgegenzuhalten: ‚Das Neue ist selten das Gute, weil das Gute nicht lange neu bleibt.‘“

<sup>36</sup> So bezeichnen etwa Becker/Schmidt/Zintl (2012) die in ihrem Band behandelten Denker, deren Lebensspanne ins 20. bzw. 21. Jahrhundert fällt (Friedrich von Hayek, John Rawls, Hannah Arendt und Jürgen Habermas) als ‚zeitgenössische Autoren‘.

<sup>37</sup> Kailitz (2007) bezieht Empiriker mit ein. Er hat den von ihm herausgegebenen Band allerdings auch nicht *Politische Theorie* oder *Politische Philosophie* genannt, sondern *Schlüsselwerke der Politikwissenschaft*.

Maßstäbe setzen, Richtschnur und Muster sind. Auch kann man die großen Klassiker nicht so lange zurechtstutzen, bis sie in jedes kleine Bett passen und von irgendeinem Pamphletisten und Ideologen nicht mehr zu unterscheiden sind. Hobbes etwa gehört einfach in einen anderen Rang als, sagen wir, Anthony Ascham oder Henry Parker, und folglich gebührt einem solchen Denker auch mehr Aufmerksamkeit und Reverenz.“<sup>38</sup>

Welche Personen erhalten nun die meiste Aufmerksamkeit? Welche werden am häufigsten genannt? Eine Auswertung von rund 70 deutschen und englischen Sammel- und Einführungswerken<sup>39</sup> förderte folgende Reihenfolge zu Tage:

Karl Marx sowie Jean-Jacques Rousseau sind Spitzenreiter mit je 34 Prozent, gefolgt von Thomas Hobbes und John Locke mit je 32 Prozent, weiter gefolgt von Immanuel Kant mit 31 Prozent. Es folgen Platon und John Rawls (je 27 Prozent), John Stuart Mill, Aristoteles und Niccoló Machiavelli (je 26 Prozent), Jürgen Habermas (24 Prozent), Charles Louis de Montesquieu und Georg Friedrich Wilhelm Hegel (je 22 Prozent), Max Weber (21 Prozent), Alexis de Tocqueville (20 Prozent), Carl Schmitt (19 Prozent), Augustinus (17 Prozent), Marsilius von Padua und Hannah Arendt (je 16 Prozent), Thomas von Aquin, David Hume und Michel Foucault (14 Prozent), Alexander Hamilton, James Madison, John Jay (jeweils in Verbindung mit den Federalist Papers), Friedrich August von Hayek, Johann Gottlieb Fichte, Friedrich Nietzsche, Niklas Luhmann, Leo Strauss (je 13 Prozent), Edmund Burke, Friedrich Engels, Adam Smith, Cicero, Thomas Morus, Jean Bodin (je 11 Prozent), Martin Luther, Hugo Grotius, Jeremy Bentham (je 10 Prozent), John Dewey, Charles Taylor, Robert Nozick, Theodor W. Adorno (je 9 Prozent), Johannes Althusius, Dante Alighieri, Samuel Pufendorf, Antoine Marquis de Condorcet, Wilhelm von Humboldt, Karl Raimund Popper, Baruch de Spinoza, Thomas Paine, Max Horkheimer (je 7 Prozent), Eric Voegelin, Franz L. Neumann,

---

<sup>38</sup> Ottmann 2001, 2.

<sup>39</sup> Ballestrem 1990; Becker/Schmidt/Zintl 2012; Bevc 2012; Bevir 2010; Beyme 2013; Bird 2006; Böttcher 2014; Braun/Heine/Opolka 2008; Breier/Gantschow 2006; Broucker 2007; Brodosz/Schaal 2009 (3 Teilbände); Brunkhorst 2000; Bryson 2003; Buchstein/Göhler 2007; Celikates/Gosepath 2013; Druwe 1995; Dryzek/Honig/Phillips 2008; Farrelly 2004; Flügel-Martinsen 2008; Gaus/d'Agostino 2013; Gaus/Kukathas 2004; Goodin/Pettit/Pogge 2009; Goodin/Pettit 2006; Gosepath/Hinsch/Rössler 2008 (2 Teilbände); Göhler/Iser/Kerner 2011; Greven/Schmalz-Bruns 1999; Hampsher-Monk 1992; Hampton 1997; Hartmann 2012; Hartmann/Offe 2011; Heywood 2004; Heywood 2000; Heywood 1994; Hinsch/Kellerwessel/Stepanians 2012; Kelly 2010; Klosko 2011; Knowles 2001; Kymlicka 1997; Leidhold 2003; Leopold/Stears 2008a; Llanque 2012; Llanque 2008; Llanque/Münkler 2007; Maier/Denzer 2007 (2 Teilbände); Marsh/Stoker 2010; Marti 2008; Matravers 2003; Mehring 2011; Meier 2000; Meyer/Fricke 2003; Nida-Rümelin 2009; Nitschke 2002; O'Sullivan 2000; Ottmann 2001-2012 (9 Teilbände); Pfetsch 2012; Rawls 2008; Reese-Schäfer/Mönter 2013; Reese-Schäfer 2012; Reese-Schäfer 2007; Reese-Schäfer 2000; Schaal/Heidenreich 2016; Schönherr-Mann 2012; Schwaabe 2007 (2 Teilbände); Stollberger-Rilinger 2000; Strauss/Cropsey 1987; Thornhill 2000; Vincent 1997; Weber-Fas 2005; Weber-Fas 2003; Wolff 2006; Zwolinski 2009. Da vom Verfasser bestimmt (Lehr-)Bücher übersehen wurden, und zudem ständig neue erscheinen, hat diese kleine Liste nur den Zweck, Tendenzen aufzuzeigen.

Thukydides, Rosa Luxemburg, Martin Heidegger, Wladimir Iljitsch Lenin, Francisco de Vitoria, Michael Oakeshott, Antonio Gramsci, Michael Walzer (je 6 Prozent), John Maynard Keynes, Emmanuel Joseph Sieyès, Wilhelm von Ockham, Erasmus von Rotterdam, Max Stirner, David Leslie Miller, Philip Pettit, Judith Butler, Gottfried Wilhelm Leibniz, Karl Kautsky, Pierre-Joseph Proudhon, James M. Buchanan, Joseph Schumpeter, Karl Jaspers, Georges Sorel, Michail A. Bakunin, Gerald Dworkin, Francisco Suárez, Anthony Downs, Richard Rorty, Oswald Spengler, Lorenz von Stein, Isaiah Berlin, H. L. A. Hart, Jean-Francois Lyotard, Vilfredo Pareto, Polybios, Henry Sidgwick und Mary Wollstonecraft (je 4 Prozent), David Ricardo, Jean-Paul Sartre, Amartya Sen, Ferdinand Tönnies, Georg Simmel, Paul Kelly, Voltaire, Sokrates, Marc Aurel, Johannes von Salisbury, Richard Bellamy, Pjotr Alexejewitsch Kropotkin, Alasdair MacIntyre, Bernard de Mandeville, Benjamin Constant, Michael Doyle, Emil Durkheim, Frantz Fanon, Milton Friedmann, Chantal Mouffe, Gerard Allan Cohen, Geoffrey Brennan, Robert E. Goodin, Tom Campbell, Thomas Müntzer, Benjamin Barber, Seyla Benhabib, Dietrich Reinking, Hermann Conring, Christian Thomasius, Christian Wolff, Johann Jakob Moser, Johann Stephen Pütter, Johann Heinrich Gottlob von Justi, Adam Heinrich Müller, Joseph von Görres, Constantin Frantz, Robert A. Dahl, Rudolf Smend, Tommaso Campanella, Albert Camus, Will Kymlicka, Brian Barry, David Easton, Ludwig Feuerbach, Friedrich von Gentz, Carl von Rotteck, Friedrich Christoph Dahlmann, Robert von Mohl, Protagoras, Maximilien Robespierre, Jewgeni Samjatin, John G. A. Pocock, Joseph Butler, Abu Nasr Al-Farabi, John Calvin, Francis Bacon, Xenophanes, John Milton, Otto Kirchheimer, Friedrich Schiller, Tacitus, Abraham Lincoln, Arthur Schopenhauer, Friedrich Naumann, Georg Lukács, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger, Adolf Hitler, José Ortega y Gasset, Bob Jessop, Thomas Pogge, Pierre Bourdieu, Martha C. Nussbaum, Jacques Derrida, Paul Hirst, Bhikhu Parekh, David Gauthier, Herodot, Ibn Khaldun, Charles Beitz, Johann Gottfried Herder, Giuseppe Mazzini, Simone de Beauvoir, Amy Gutmann, Philipe van Parijs, Richard J. Arneson, Chandran Kukathas, Cesare Beccaria, Ernst Fraenkel, Sigmund Freud, Joseph-Ernest Renan, Luce Irigaray, Murray Rothbard, Amitai Etzioni, Thomas Jefferson, Xenophon, Epikur, Michael Sandel, David Schmidtz, John Caldwell Calhoun, Joseph Marie Comte de Maistre, Talcott Parsons, Mao Zedong, Herbert Marcuse, Geroge Herbert Mead und Carole Pateman (je 3 Prozent).<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Zudem gibt es sehr viele Klassiker und Klassikerinnen, genaugenommen 447, die nur ein einziges Mal genannt werden. Sie hier alle zu nennen, würde zweieinhalb weitere Seiten ausschließlich mit Namen füllen.

Dass zeitgenössische Denker prozentual seltener genannt werden, ist aus rezeptionstheoretischer Sicht logisch. Gibt es einmal eine umfangreiche Interpretationsgeschichte, so wird es fast unmöglich, einen Klassiker wieder aus dem Kanon zu verbannen. Denn die Häufigkeit der Thematisierung gebiert die weitere Thematisierung. Wer einmal Klassiker ist, hat einen quasi unverlierbaren Status. Zum Klassiker wird man nicht geboren, sondern gemacht.<sup>41</sup>

Hobbes' *Leviathan* oder Platons *Der Staat* sind nicht deshalb Klassiker des politischen Denkens geworden, weil sie besonders erkenntnisreich sind, sondern, weil sie von einer kritischen Masse von fachlichen Autoritäten als wichtig befunden wurden.<sup>42</sup>

### 2.3.1.2 Wer gehört in den Kanon und wer nicht?

Ein gewisses Willkür-Element ist bei der Zusammenstellung des Kanons immer dabei.<sup>43</sup> Das heißt jedoch keineswegs, dass die der Kanon *alleine* auf Willkürentscheidungen beruht. Von möglichen Gütekriterien soll nun die Rede sein.

Ein Klassiker gehört in den Kanon, wenn er uns, die Gegenwärtigen, mit seinen Texten ‚ansprechen‘ kann, anders gesagt: der Text muss mit seinen Gedanken noch in der Gegenwart präsent sein. Für Ottmann ist ein Werk ‚klassisch‘, wenn es ‚immer aktuell und immer lesenswert ist. Jede Generation liest es von Neuem, und jede entdeckt in einem Klassiker, was von früheren Generationen noch nicht bemerkt worden ist. Unerschöpflichkeit und zeitlose Gegenwartigkeit machen den Klassiker aus.‘<sup>44</sup>

Oft haben Klassiker pointierter als andere Denker eine Idee, einen Standpunkt, ein Problem präsentiert. Einige Beispiele: die Parallelisierung von Verfassungen und menschlichen Charakteren bei Platon; die Frage nach (Un-)Ehrlichkeit in der Politik bei Machiavelli; die Idee der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative bei Montesquieu; die Idee

---

<sup>41</sup> Ein schönes Beispiel ist Max Weber, dessen unermüdliche Ehefrau Marianne Weber nach seinem Tod sein Werk ordnete und veröffentlichte. Webers Zeitgenossen Sombart, Jaffé, Schmoller, Spranger, Rickert usw. hatten das Glück, eine solche Nachlassverwalterin zu haben, nicht. Damit soll natürlich nicht gesagt werden, dass Max Weber es nicht verdient hat, ein Klassiker zu sein.

<sup>42</sup> Weber/Beckstein 2014, 186.

<sup>43</sup> Zur Logik der Bildung des Kanons siehe auch Reese-Schäfer/Salzborn 2015. Dass die Einführung von BA/MA-Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses die Kanonisierung verstärkt habe, berichten Buchstein/Fietz 2007.

<sup>44</sup> Ottmann 2001, 1. Auch der Eintrag zu ‚Klassikern‘ im dtv-Atlas *Politik* hebt die ‚überzeitliche Gültigkeit‘ hervor, vgl. Vierecke et al. 2010, 13: ‚Man versteht darunter i.d.R. überzeitliche Gültigkeit beanspruchende, individuellen Denkern zurechenbare Entwürfe, die das gesellschaftliche Zusammenleben bzw. die richtige politische Ordnung betreffen. (...) Die von den Vertretern der Politischen Ideengeschichte rekonstruierten Ideen, Argumente, Begriffe, Interpretationen und Fragestellungen stellen nicht nur eine wichtige Voraussetzung für das gegenwärtige Verständnis von Politik dar, sondern liefern darüber hinaus Anregungen für die anderen Teildisziplinen der Politikwissenschaft.‘

des Vernunftgebrauchs bei Kant; die Idee von ‚Politik als Kampf‘ bei Carl Schmitt; die Idee der drei Herrschaftstypen bei Max Weber.

Ein weiteres Kriterium ist der innovative Charakter der Werke. Oft waren die Personen, die man später als Klassiker bezeichnete, zu Lebzeiten Vordenker. Weil sie oft wirklich Neues und noch Ungedachtes gedacht haben, und somit ihrer Zeit voraus waren,<sup>45</sup> saßen einige von ihnen zu Lebzeiten zwischen allen Stühlen. Manche waren politischer Repression ausgesetzt oder standen unter dem Joch der Zäsur, die sie zu unterlaufen versuchten. Erasmus etwa ging ein hohes Risiko ein, als er im *Lob der Torheit* Kirche und Klerus kritisierte – wenn auch nur durch den Mund der Törrin Stultitia. Und wenn es nicht die Kirche oder die weltlichen Herrscher waren, die die Autoren zum Schweigen bringen wollten, so waren es manchmal die Kollegen. Mitte des 17. Jahrhunderts gab es wohl keinen Denker, der in seiner ‚Community‘ verhasster war als der jüdische Philosoph Baruch de Spinoza. Und Hobbes’ Werke *Leviathan* und *De Cive* wurden an der Universität Oxford in feierlicher Zeremonie einige Jahre nach seinem Tode verbrannt, weil Hobbes die aristotelisch-scholastische Ausrichtung der Universität kritisiert und in seinen Büchern eine an die modernen Naturwissenschaften orientierte Methodik gefordert hatte.

Ein drittes Kriterium für einen ‚Klassiker-Anfangsverdacht‘ könnte sich auf die Stärke und Lebendigkeit der Sprache der hinterlassenen Texte beziehen. Einige Beispiele für schöne Zitate, die uns anerkannte Klassiker hinterließen:

„Der Mensch ist frei geboren, doch überall liegt er in Ketten.“ (Jean-Jacques Rousseau)

„Homo homini lupus“ – der Mensch ist dem Menschen ein Wolf. (Thomas Hobbes)

„Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit.“ (Immanuel Kant)

„Es ist besser gefürchtet, als geliebt zu werden.“ (Machiavelli)

Neben diesen echten Qualitätskriterien gibt es weitere Kriterien, die zur Rezeption anregen. Dazu zählt, wenn die hinterlassenen Werke scheinbare oder echte Widersprüche aufweisen, die somit Anlass zu Interpretationen bieten. Widersprüche im Gesamtwerk schaden der Rezeption keineswegs; ganz im Gegenteil lassen sie die Sekundärliteratur geradezu explodieren. Dies zeigt etwa die Rezeptionsgeschichte von Machiavellis *Il Principe* und seinen *Discorsi* oder von Adam Smiths *Wealth of Nations* und seiner *Theory of Moral Sentiments*.

---

<sup>45</sup> ...oder durch Utopien neue Denkwelten aufgestoßen haben, man denke zum Beispiel an fiktive Gesellschaftsbeschreibungen wie *Utopia* (1516) von Thomas Morus, den *Sonnenstaat* (1602) von Tommaso Campanellas, *Neu-Atlantis* (1626) von Francis Bacon oder Louis-Sébastien Merciers Buch (1771): *Das Jahr 2440*.



Es gibt also durchaus einige Kriterien, die erklären können, warum Klassiker Klassiker geworden sind.

### 2.3.1.3 Wozu Ideengeschichte?

Wozu überhaupt die Werke der Klassiker studieren? Die wohl wichtigste Lektion aus der Ideengeschichte ist, dass auch die vermeintlich Alles beherrschende Gegenwart nur eine Etappe zwischen Vergangenheit und Zukunft ist. Die Lektüre dieser Werke ermöglicht eine Vogelperspektive. Man denke etwa an die Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative – die Idee der trias politica ist heute in den westlichen Demokratien universell etabliert. Möllers spricht in seinem Buch *Die drei Gewalten* von einem gemeinsamen „Bekenntnis aller demokratischen Verfassungsstaaten zu einer gewaltenteilten dreigliederten Verfassungsordnung“. <sup>46</sup> Die Idee einer in vier Zweige gegliederten Staatsgewalt <sup>47</sup> scheint auf den ersten Blick – der Bodenperspektive – als schwer nachvollziehbar. Drei Gewalten! Keine andere Anzahl erscheint richtig. Ideengeschichtlich bewanderte Menschen können jedoch bis zu einer Zeit zurückblicken, als es noch kein Drei-Gewalten-Modell gab. Wenn ein Neuling die Weiterentwicklung von einem Zwei- zu einem Drei-Gewalten-Modell im Spiegel der Überlegungen von Locke und Montesquieu kennenlernt, dann erweitert sich sein Horizont, dann bewertet er auch den Vorschlag für eine Vier-Gewalten-Modell <sup>48</sup> vermutlich anders als ohne dieses Orientierungswissen. Wir sollten uns mit der Geschichte des Politischen Denkens beschäftigen, um unseren Horizont zu erweitern und zu erkennen, dass unsere gegenwärtige politische Situation weder unvermeidlich noch unveränderlich ist. <sup>49</sup> Die Selbstverständigung über die eigenen kulturellen Grundlagen hat insofern auch stets auch eine zukunftsbezogene Komponente. Die Texte der Klassiker können uns bei der Lösung von Gegenwarts- und Zukunftsproblemen helfen. <sup>50</sup>

---

<sup>46</sup> Möllers 2008, 13.

<sup>47</sup> Umgangssprachlich werden zudem die Medien häufig als ‚Vierte Gewalt‘ bezeichnet, teilweise auch mächtige Interessengruppen wie Gewerkschaften oder Arbeitgeberverbände.

<sup>48</sup> Vgl. Tremmel 2014, Tremmel 2018a; 2018b.

<sup>49</sup> Vgl. Harari 2013, 294.

<sup>50</sup> Andere denken hier an den Kampf um Deutungshoheit: Texte der politischen Ideengeschichte zu zitieren kann auch die Funktion haben, ganz aktuelle politische Diskurse für sich zu entscheiden. Vgl. Llanque 2012, 9: „Die ‚Geschichte‘ der Politischen Ideengeschichte gleicht einem anhaltenden Meinungskampf um die Legitimation von politischen Strukturen der Gegenwart und ihrem Fortbestand in der Zukunft.“ Wer es bellizistischer mag, kann also statt von einem ‚Reservoir‘ an Argumenten auch von einem ‚Arsenal‘ von scharfen Gedanken-Schwertern sprechen.

#### 2.3.1.4 Warum neue Abhandlungen über die Klassiker? Das Innovationsproblem

Gegenwärtige Lehrstuhlinhaber im Fach der Ideengeschichte, die ein Einführungsbuch schreiben wollen, stehen vor dem Problem, dass sie auf den gleichen Pool an Schriften zurückgreifen müssen wie alle anderen Interpretatoren, die ähnliche Bücher schon verfasst haben. Die Klassiker, von einigen Koryphäen wie Habermas abgesehen, sind alle tot, zum Teil seit über 2.000 Jahren. Chronologische Darstellungen über Leben und Werke von großen Denkern, die bis zur jeweiligen Gegenwart gelebt hatten, wurden in den Jahren 50 n. Chr., 500, 1000, 1500, 1700, 1800, 1900, 1950, 1960, 1970, 1980, 1990, 2000, 2010 geschrieben. Was kann ein neues Buch zur Ideengeschichte also Neues bieten?

Wie erwähnt bietet es sich an, die Texte der Klassiker auf ganz aktuelle Probleme der Gegenwart zu beziehen. Da jede Gegenwart ihre eigenen Probleme bereithält, ergibt sich Spielraum für Innovationen.

Eine Möglichkeit der Innovation kann darin bestehen, die Klassiker nach einem selbstgewählten Prinzip zu gruppieren und dadurch Zusammenhänge zwischen ihnen herzustellen. So ordnet Llanque in *Geschichte der Politischen Ideen: Von der Antike bis zur Gegenwart* (2012) die Klassiker nach *Autorenpaaren*, „die entweder unmittelbar aufeinander Bezug nehmen, einander kritisieren und voneinander abweichende Theorien aufstellen oder aber die Bandbreite der Theoriearbeit einer Epoche repräsentieren.“<sup>51</sup> In *Politische Philosophie* (2002) stellt Peter Nitschke drei Denker pro Kapitel vor. Nitschke verleiht seinen 11 Kapiteln je eine aussagekräftige Überschrift, um die inhaltlichen Bezüge deutlich zu machen. Sein Ziel ist eine innere Ordnung, ein roter Faden. So folgen bei Nitschke auf die griechischen Ansätze in Kapitel 2 die römischen Antworten in Kapitel 3, welche wiederum inhaltlich in Kapitel 4 durch christliche Positionen aufgegriffen werden. Auf diese Weise kreiert Nitschke eine Art Aktions-Reaktions-Schema quer durch die Ideengeschichte, die vom antiken Griechenland bis hin zu modernen Staatsdenkern des 19. und 20. Jahrhunderts reicht. Diese interessanten Ansätze werfen allerdings die Frage auf, ob es *inhaltlich sinnvoll* ist, schematisch durchgehend Zweier-, Dreier- oder andere Gruppen-Konstellationen zu bilden. Wer vom unmittelbarsten Ordnungsprinzip, nämlich der historisch-chronologischer Reihenfolge, abweicht, und einen wie auch immer gearteten inhaltlichen roten Faden konstruiert, ist in der Begründungspflicht. Schwaabe etwa begründet seinen expliziten Verzicht darauf damit, dass ein ideengeschichtliches Einführungsbuch einen roten Faden

---

<sup>51</sup> Llanque 2012, 11. Die Autorenpaare sind: Platon und Aristoteles; Augustinus von Hippo und Marsilius von Padua; Thomas Morus und Niccolò Machiavelli; Thomas Hobbes und John Locke; Montesquieu und Rousseau; *Federalist Papers* und Immanuel Kant; Hegel und Marx; Alexis de Tocqueville und John Stuart Mill; Max Weber und John Dewey; Carl Schmitt und Max Horkheimer.

weder leisten könne noch sollte.<sup>52</sup> Wissenschaftstheoretisch sind Gruppierungen ein ebenso interessantes wie riskantes Unterfangen. Politologen, die politische Ideengeschichte an politikwissenschaftlichen Instituten anbieten, sind gut beraten, einen Blick auf ihre Nachbardisziplin, die Geschichtswissenschaft, zu werfen.<sup>53</sup> Dort wird gestritten, ob Historiker die historischen Fakten zu einer Geschichte ‚aufbereiten‘ sollten.<sup>54</sup> Die Differenz zwischen der nomothetischen Methode der Naturwissenschaften und der idiographischen Methode der Geschichtswissenschaft hatte schon Wilhelm Windelband 1894 in seiner Straßburger Rektoratsrede postuliert. Karl Popper betonte darauf aufbauend, dass die Geschichtswissenschaft durch ihr Interesse für spezifische Ereignisse im Gegensatz zu Gesetzen oder Verallgemeinerungen charakterisiert sei.<sup>55</sup> Diese Auffassung lässt sich zu folgendem Credo verdichten: Jedes geschichtliche Ereignis, und damit auch jeder klassische Text, ist singulär.

Wie dem auch sei, Paarbildungen sind immer riskant. Bei den Klassikern des politischen Denkens wie im echten Leben.

#### 2.3.1.5 *Wie Ideengeschichte betreiben?*

Mit der letzten Bemerkung des vorangegangenen Abschnitts wurde schon ein erster Blick auf die Methodologie der Ideengeschichte geworfen. Wenn gelegentlich die Frage aufgeworfen wird, inwieweit die Politische Theorie eine ‚methodenfreie Zone‘ ist,<sup>56</sup> dann lässt sich nun diese Frage zumindest auf die Ideengeschichte bezogen klar verneinen. In einem Maßstäbenden Buch unterscheiden Ralph Weber und Martin Beckstein acht mögliche Ansätze bei der Textinterpretation: analytisch, biografisch, werkimmanent, esoterisch, kontextuell,

---

<sup>52</sup> Schwaabe 2007, 16.

<sup>53</sup> Siehe zum Verhältnis von Geschichte und Ideengeschichte auch Dryzek/Honig/Phillips 2008, 4-5; Philp 2008; Skinner 2002; Hawthorn 1991; Dunn 1996.

<sup>54</sup> Lembeck 2000, 30. Überblick bei Kolmer 2008.

<sup>55</sup> Popper 1979, 113.

<sup>56</sup> Leopold/Stears (2008b, 1) bemerken in ihrem Sammelband *Political Theory - Methods and Approaches*: “Political theorists are often silent on questions of method and approach. While scholars in other branches of political and social sciences expend great energy debating the right way to conduct research—arguing about the appropriate place of quantification, the nature of survey design, the ethical acceptability of particular investigative approaches, and the like—political theorists generally spend little time addressing questions of ‘how’ and ‘why’ in their work. Instead, they dive straight into their analysis, turning immediately to the task at hand; arguing, for instance, about the meaning and value of particular key concepts such as liberty, justice, and rights. The books that political theorists write thus rarely include much explicit reflection on method, even though such reflection is a standard expectation in other areas; even less frequently do they produce works explicitly concerned with research methods, although the shelves of libraries are crowded with such texts from related disciplines.”

hermeneutisch, rezeptionstheoretisch, begriffsgeschichtlich.<sup>57</sup> Die analytische Methode der Textinterpretation will die Argumente des Textes analysieren – und sonst nichts. In unklar bzw. in ‚Privatsprachen‘ formulierten Texten muss das Wesentliche herausdestilliert und mit einfachen Worten wiedergegeben werden.<sup>58</sup> Der analytische Ansatz behandelt Texte so, als wären sie mit der Flaschenpost angeschwemmt worden, d.h. nur die darin enthaltene Argumentation soll zählen, nicht der Kontext. „Warum jemand den Text geschrieben hat, wer dieser Jemand war und welche Absichten Jemand mit dem Text im Sinn hatte, wird konsequent ausgeklammert.“<sup>59</sup> Innerhalb dieses Ansatzes bietet es sich an, nicht den Namen des Autors zu verwenden, sondern im Passiv zu schreiben (also nicht: „Wie Locke in den *Zwei Abhandlungen über die Regierung* ausführt“, sondern „Wie im zu untersuchenden Text *Zwei Abhandlungen über die Regierung* ausgeführt wird“). Der Bearbeiter konditioniert sich so darauf, die Information, dass der zu untersuchende Text von Locke stammt, so wenig wie möglich zu beachten – vergleichbar mit einem Richter, der Beweismaterial, das auf unerlaubtem Weg gesammelt wurde, bewusst nicht in sein Urteil einbeziehen will. Die biografische Interpretationsmethode macht das genaue Gegenteil: Bewusst und explizit wird mittels der Biografie des Autors ein Text (oder das ganze Werk) erklärt: „Dass der Biografie eines Autors in Fachkreisen häufig eine erklärende Kraft zugeschrieben wird, lässt sich schon aus der Tatsache ablesen, dass der Interpretation von Texten in Lehrbüchern und Forschungsbeiträgen regelmäßig wie selbstverständlich eine Tafel mit den Lebensdaten des Autors oder eine kurze Vita vorangestellt wird.“<sup>60</sup> Genauso wie jeder andere Ansatz – sei er nun text-, autor- oder leserzentriert, ist auch der biografische Ansatz nicht unkritisiert geblieben. So schreibt Ottmann: „Die Person ist das eine, die Lehre das andere. Ein Blick auf die Person kann die Marxsche Theorie weder bestätigen noch widerlegen.“<sup>61</sup> Erkenntnisfördernd ist es aber ohne Zweifel, den historischen, kulturellen und linguistischen Hintergrund eines politischen Textes zu untersuchen. Eine erste Form der Kontextualisierung ist die *real*geschichtliche. Ideengeschichte zu betreiben ist nicht sinnvoll möglich ohne Hintergrundwissen um Kriege, Veränderungen von Staatsgrenzen, Dynastien, sowie gesellschaftliche und soziale Zustände der jeweiligen Epoche. Man kann *Il Principe* nicht verstehen, ohne die politische Zersplitterung Italiens um 1500 zu kennen; oder den *Leviathan* ohne Kenntnisse des englischen Bürgerkriegs. Eine zweite, davon zu unterscheidende Form der Kontextualisierung ist die *diskurs*geschichtliche Einbettung des klassischen Textes in die

---

<sup>57</sup> Weber/Beckstein 2014, 19-24.

<sup>58</sup> Man vergleiche Wittgensteins Diktum, dass (analytische) Philosophie vor allem Sprachkritik sein muss.

<sup>59</sup> Weber/Beckstein 2014, 27.

<sup>60</sup> Weber/Beckstein 2014, 48.

<sup>61</sup> Ottmann 2008 (Band 3, Die Neuzeit), 149.

ihm vorausgegangenen und ihm nachfolgenden Texte. Llanque erläutert diese Methodik der Ideengeschichte: „Die Politische Ideengeschichte als wissenschaftliche Disziplin rekonstruiert die entsprechenden Debatten und kontextualisiert die Texte durch ihre Einbettung in die entsprechenden Diskurse. (...) Welche Fragen seiner Lehrer und Vorbilder hat er aufgenommen, welche Fragen seiner Zeit versucht er zu beantworten? Wie hat sich sein Denken entwickelt, wie ist es seinerzeit rezipiert worden, von Zeitgenossen und späteren Diskursen?“<sup>62</sup> Dieser Ansatz hebt hervor, dass alle Theoretiker ‚Kinder ihrer Zeit‘ waren. Sie haben ihre Werke in der Regel nicht für die Nachwelt, zumindest nicht für uns im 21. Jahrhundert geschrieben, sondern für ihre Zeitgenossen. So setzt Locke sich in seiner *Ersten Abhandlung* mit der Lehre von Sir Robert Filmer auseinander, dessen Rechtfertigung der absoluten Monarchie aus der Bibel die Vorlage war, die Locke zu einem Widerspruch herausforderte. Und Malthus’ *Essay on the principle of population* trägt nicht aus Zufall den Untertitel “with remarks on the speculations of Mr. Godwin, M. Condorcet, and other writers”, denn Malthus wollte gegen das Gleichheitsideal der Aufklärung polemisieren. Welcher methodische Ansatz ist nun der richtige für die Ideengeschichte? Natürlich kein einzelner. Alle acht von Beckstein und Weber herausgearbeiteten Ansätze<sup>63</sup> haben ihre Existenzberechtigung. Acht verschiedene Hausarbeiten zum gleichen Text werden nur geringe Überlappungen aufweisen, wenn sie konsequent und isoliert jeweils nur einen Ansatz erfolgen. Solche Arbeiten hintereinander zu lesen, ist kein Synkretismus, sondern ein Weg, sein Wissen über einen Text additiv zu erweitern. Allerdings gilt es, das richtige Maß zu finden.<sup>64</sup>

## 2.3.2 Begriffsklärungen / Bedeutungsanalysen

### 2.3.2.1 Die notwendige Unterscheidung zwischen Begriffen und -ismen

Das bereits dargestellte Sortierprinzip ‚Personen‘ ist das häufigste in Büchern mit der Betitelung *Politische Theorie*. Dieser Ansatz wird oft mit dem ‚systematischen Ansatz‘ kontrastiert.<sup>65</sup> Nun vereint dieser zweite Ansatz eigentlich mehrere unterschiedliche Ansätze –

---

<sup>62</sup> Llanque 2012, 6; Llanque 2008, 1-10. Llanque entwickelt einen Ansatz des Cambridger Historikers Quentin Skinner bzw. des neuseeländischen Historikers und Politologen John G.A. Pocock weiter, der Texte vor allem aus ihrem jeweiligen zeitgenössischen Umfeld heraus verstanden wissen will.

<sup>63</sup> Der Begriff ‚kontextuell‘ wurde von diesen beiden Autoren anders verwendet als hier.

<sup>64</sup> Tully (1988) weist auf die Gefahr hin, dass der Fokus auf einen Text durch Kontextualität überwuchert werden kann. Umgekehrtes ist sicher auch denkbar. Rawls schreibt in seinen Bemerkungen über die eigene Lehrtätigkeit, dass er stets bemüht gewesen sei, die Probleme der von ihm behandelten Klassiker so zu formulieren, wie sie von ihnen selbst – angesichts ihres zeitbedingten Verständnisses dieser Probleme – gesehen wurden, siehe Rawls 2008, 14.

<sup>65</sup> Pars pro toto: „Obwohl in dieser Einführung auch auf zahlreiche historisch einflussreiche Klassiker der politischen Philosophie eingegangen wird, ist die Darstellung nicht ideengeschichtlich, sondern

je nachdem, ob die Begriffe selbst oder die aus ihnen aufgebaute Ideologien bzw. Schulen im Mittelpunkt stehen. So enthält etwa *The Routledge Companion to Social and Political Philosophy* einen Abschnitt *Political Concepts* mit Begriffen als Titelwörtern (,Equality‘, ,Freedom‘, ,Autonomy‘, ,Power‘, ,Authority and Legitimacy‘, ,Democracy‘, ,Rights‘, ,Toleration‘); und einen anderen Abschnitt *Political Theories and Ideologies* mit den Abschnittstiteln ,Anarchism, ,Liberalism‘, ,Conservatism‘, ,Republicanism‘, ,Marxism‘, ,Feminism‘ und ,Environmentalism‘. Da Ideologien in der Regel im Deutschen auf –ismus enden, kann von dem Sortierprinzip ‘-ismen’ gesprochen werden.

Das Lehrbuch der Politischen Theorie von Gerhard Göhler, Matthias Iser und Ina Kerner mit dem Titel *Politische Theorie. 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung*<sup>66</sup> vermischt beide Ebenen zwar ein wenig, kann aber dennoch überwiegend als ein Beispiel für den ,begriffsorientierten‘ Ansatz gelten. Die Kapitel lauten *Anerkennung, Biopolitik, Demokratie, Diskurs, Freiheit, Gemeinwohl, Gerechtigkeit, Geschlecht, Gesellschaftskritik, Globales Regieren, Globalisierung, Institution, Krieg, Macht, Menschenwürde, Multikulturalismus, Performanz, Politik, Recht, Religion, Staat, Subjekt, System, Totalitarismus, Vertrauen*. Göhler, Iser und Kerner nennen drei Gründe, warum sie den ,begriffsorientierten Weg‘ gewählt haben: „Erstens entzündeten sich theoretische Auseinandersetzungen und Weiterentwicklungen zumeist an konkreten Sachverhalten, die unterschiedlich interpretiert und erklärt werden und für die spezifischen Begriffe stehen. Dabei ist stets umstritten, ob die gängigen Analysekategorien überhaupt angemessen sind oder ob es nicht neuer thematischer und begrifflicher Zugriffe auf die politische Theorie bedarf. Grundbegriffe sind damit so etwas wie ein Seismograph für theoretische Bewegungen. Zweitens eignet sich der begriffliche Zugang besonders gut, um die Vitalität der Theorie zu demonstrieren. Es gibt kaum ein Thema, zu dem nicht unterschiedliche Positionen vertreten werden. Dieser Widerstreit ist in der politischen Theorie nicht nur besonders heftig, sondern auch besonders fruchtbar – denn das stete Hinterfragen vorgebrachter Positionen fordert immer neue Präzisierungen und Konturierungen heraus. Und dabei geht es nicht nur um begriffliche Klarheit, sondern auch um empirische Angemessenheit und damit um politische Relevanz. Und drittens lassen sich die verschiedenen Werke, Schulen und Strömungen besonders

---

systematisch ausgerichtet. Sie ist also an Grundproblemen, Grundbegriffen und wichtigen systematischen Herausforderungen orientiert.“ (Celikates/Gosepath 2013, 11).

<sup>66</sup> Göhler/Iser/Kerner 2011. Bei der ersten Auflage dieses Buches (geringfügig abweichender Titel *Politische Theorie. 22 umkämpfte Begriffe zur Einführung*) fehlten noch die Begriffe ,Politik‘, ,Staat‘ und ,Recht‘.

anschaulich kontrastieren, indem aufgezeigt wird, wie sie in der Auseinandersetzung mit spezifischen Themen wechselseitig aufeinander reagieren.“<sup>67</sup>

Bewusst grenzen Göhler, Iser und Kerner ihr nach Grundbegriffen sortiertes Buch („wurde so zuvor noch nicht unternommen“<sup>68</sup>) von Einführungswerken ab, die nach dem Sortierprinzip ‚Theorien/Schulen/Strömungen/Ideologien‘ (hier ab jetzt mit „-ismen“ bezeichnet) aufgebaut sind.<sup>69</sup> Diese Differenz gilt es näher zu beleuchten. Die Zahl der Schulen – (Neo-)Liberalismus, Kommunitarismus, Egalitarismus, Multikulturalismus, Utilitarismus, Sozialismus, Kommunismus, Marxismus, Gramscianismus, Feminismus, (Neo-)Realismus; Konstruktivismus; Rationalismus usw. – ist in der Politikwissenschaft Legion.<sup>70</sup> Inhaltliche Auseinandersetzungen zwischen Anhängern der verschiedenen Schulen sind allgegenwärtig. Bezeichnenderweise nennt Gabriel A. Almond 1990 in seinem Titel *A Discipline Divided – Schools and Sects in Political Science* „Schulen“ und „Sekten“ in einem Atemzug. Nun sind auch die ‚-ismen‘ sinngebende Buchstabenkombinationen. Was also sind die Unterschiede zwischen dem begriffsorientierten und dem „-ismen“-orientierten Ansatz, der etwa bei Hartmann/Offe,<sup>71</sup> Heywood,<sup>72</sup> Shapiro<sup>73</sup> oder Smits<sup>74</sup> das Sortierprinzip bildet?<sup>75</sup> In der Regel sind Begriffe die Grundeinheit. Fast immer kreisen die „-ismen“ um einen Begriff,<sup>76</sup> der in ihrem Zentrum steht. Bei Liberalismus ist das der Begriff der ‚Freiheit‘, bei Egalitarismus der Begriff der ‚Gleichheit‘, beim Konservativismus der Begriff der ‚Ordnung‘ usw. In der Philosophie der Antike ging es nicht um die Klärung von Begriffen, sondern um deren Erkennen. Die damalige essenzialistische Auffassung ging davon aus, dass Begriffe unverrückbar, wahr und ewig sind – Götterwerk statt Menschenwerk. Für Definitions-Essenzialisten wie Platon ist ‚etwas mit Worten richtig zu definieren‘ gleichbedeutend mit

---

<sup>67</sup> Göhler/Iser/Kerner 2011, 7.

<sup>68</sup> Göhler/Iser/Kerner 2011, 6.

<sup>69</sup> Göhler/Iser/Kerner 2011, 7.

<sup>70</sup> In der (Teil-)Disziplin Internationale Beziehungen wiederum dominieren die großen drei Schulen Realismus, Konstruktivismus und Liberalismus, wobei letztgenannter ‚-ismus‘ eine andere Bedeutung hat als in der Politischen Theorie (vgl. Dryzek/Honig/Phillips 2008, 19).

<sup>71</sup> Dort nicht durchgehend. Das Werk *Politische Theorie und Politische Philosophie – ein Handbuch* von Hartmann/Offe (2011) enthält folgende Kapitel: Anarchismus; Britischer Idealismus; Dekonstruktion; Feminismus; Hegelianismus; Idealismus; Kommunitarismus; Konservativismus; Kritische Theorie; Liberalismus; Marxismus; Neokonservativismus; Phänomenologie; Populismus; Postkolonialismus; Postmarxismus; Postmodernismus; Pragmatismus; Public Choice; Queer Theory; Rational Choice; Sozialismus; Systemtheorie; Utilitarismus; Vertragstheorien.

<sup>72</sup> Heywood 1994; Heywood 2000.

<sup>73</sup> Shapiro 2003.

<sup>74</sup> Smits 2009.

<sup>75</sup> Hier ist bedauerlich, dass Göhler/Iser/Kerner (2011) nicht der Empfehlung eines Rezensenten (Rosa 2005) gefolgt sind, den Begriff ‚Begriff‘ in die zweite Auflage ihres Buches aufzunehmen, um dessen Definition zu klären.

<sup>76</sup> Seltener kreisen sie um eine Person.

„das wahre Sein einer Sache zu erkennen“.<sup>77</sup> Zwischen der richtig gewählten Definition im Kopf und dem Sein einer Sache in der Welt außerhalb seines eigenen Kopfes gibt es für einen Essenzialisten keinen Unterschied. „Am Anfang war das Wort“ – und es ist nach dieser Ansicht die Aufgabe des Philosophen, sprachlich Licht ins Dunkel der Welt zu bringen. Diese Auffassung wird heute in der Wissenschaft nicht mehr geteilt. Statt Realdefinitionen geht man heute im Allgemeinen von Nominaldefinitionen aus. Der ‚begriffsorientierte‘ Ansatz ist also bereits von spezifischen wissenschaftstheoretischen Vorverständnissen geprägt, namentlich dass der Mensch, speziell der Wissenschaftler, sich selbst seine Begriffe erschafft und dass die ‚Arbeit am Begriff‘ von zentraler Bedeutung für wissenschaftlichen Tun ist. Wie ein Fischer sein Netz auswirft, so wirft auch ein Politologe oder eine Politologin ein Netz aus Begriffen über den Forschungsgegenstand aus. Gefangen werden kann nur, was nicht durch die Maschen dieses Netzes schlüpft. Zu dieser komplexe Thematik passt ein auf die Sozialwissenschaften bezogenes Zitat von Max Weber: „Die Geschichte der Wissenschaften vom sozialen Leben ist und bleibt daher ein steter Wechsel zwischen dem Versuch, durch Begriffsbildung Tatsachen gedanklich zu ordnen, (...) und der Neubildung von Begriffen auf der so veränderten Grundlage. (...) Die Begriffe sind nicht Ziel, sondern Mittel zum Zweck der Erkenntnis der unter individuellen Gesichtspunkten bedeutsamen Zusammenhänge: gerade weil die Inhalte der historischen Begriffe notwendig wandelbar sind, müssen sie jeweils notwendig scharf formuliert werden.“<sup>78</sup>

Weber unterscheidet zwei Phasen, die sich abwechseln sollten: Eine Phase, in der Begriffe scharf formuliert sind und nicht an den Definitionen gearbeitet werden sollte, und eine Phase, in der Begriffe neu- bzw. umdefiniert werden. In der ‚Phase ohne Begriffsstreitigkeiten‘ sollten verschiedene Sprecher den gleichen Ausdruck nicht mit verschiedenen Bedeutungen benutzen.<sup>79</sup> Die Klage über Verstöße gegen dieses Postulat ist alt. Schon Hobbes hat sie erhoben.<sup>80</sup> Sartori beklagt sich in Bezug auf ‚Demokratie‘ auf die Definitionsvielfalt: „Wenn jeder demokratisch zu sein behauptet und der Demokratiebegriff allumfassend sein soll, so kommt es immer mehr zur Inflation und unterm Strich zu theoretischer Konfusion.“<sup>81</sup> Steven Pinker hat in mehreren Büchern dargestellt, dass die statistische Wahrscheinlichkeit, Opfer

---

<sup>77</sup> Precht 2015, 152.

<sup>78</sup> Weber 1988b [1904], 207.

<sup>79</sup> Inhaltsgleich lautet eine der wichtigsten Diskursregeln der Diskursethik (Regel 1.4. der logisch-semantischen Regelgruppe) übereinstimmend bei Alexy und Habermas. Vgl. den Abschnitt 6.2 **Die Diskursregeln** in diesem Buch. Vgl. auch Franz (2014, 101): „Viele Probleme entstehen beispielsweise dadurch, dass zwei Argumente zwar inhärent schlüssig und konsistent sind, aber beide dennoch einander widersprechen, weil dem in beiden verwendeten Schlüsselbegriff, obgleich namentlich gleich, eine unterschiedliche Bedeutung zugewiesen wird.“

<sup>80</sup> Vgl. Hobbes 1959 [1658], 10. Kapitel.

<sup>81</sup> Sartori 1992, 12



einer Kriegshandlung oder eines Gewaltverbrechens zu werden, in den letzten Jahrhunderten weltweit abgenommen hat. Er schildert folgenden Einwand, den Kritiker seinen Statistiken entgegenhalten: „Ist Ungleichheit nicht eine Form von Gewalt? Ist Umweltverschmutzung nicht eine Form von Gewalt? Ist Armut nicht eine Form von Gewalt?“ Pinker weist darauf hin, dass Krieg, Verbrechen, Ungleichheit, Umweltverschmutzung, Armut, Krankheit und Grobheit so wenig gemeinsam haben, dass wir „keine Wortspielchen spielen“<sup>82</sup> sollten, die uns hindern, sie individuell auch nur zu erörtern.

Der Partizipationsforscher Jan van Deth beschreibt die „Herausforderung der ständigen Erweiterung [einer Begriffsextension, J.T.]“<sup>83</sup> für ihn als Empiriker. Wird ‚politische Partizipation‘ traditionell (das heißt ‚eng‘) vor allem über die Teilnahme an Wahlen definiert, so ist in den letzten Jahrzehnten ein Rückgang von politischer Partizipation empirisch messbar. Wird der Begriff aber unter Hinzunahme neuer Partizipationsformen<sup>84</sup> immer weiter definiert, so werden Zeitvergleiche, ein wichtiges Ziel empirischer Forschung, unmöglich. Zweifellos führt es in der Tat zu Effizienzverlusten, wenn Wissenschaftler aneinander vorbeireden. Die Möglichkeit, Theorien zu kritisieren, wird schwierig bis unmöglich, wenn Theorien Begriffe enthalten, die dauerhaft unpräzise oder mehrdeutig bleiben. Eine ganze Reihe von Studien hat dies inzwischen am Beispiel von diversen politikwissenschaftlichen Kernbegriffen thematisiert.<sup>85</sup>

Allerdings darf eine wissenschaftliche Gemeinde eine Definition, auf die sie sich verständigt hat, auch nicht als endgültig ansehen. ‚Begriffsklärungs-Phasen‘ sind unvermeidlich, denn jede Definition ist immer in dem Sinne ‚vorläufig‘, dass die Arbeit am Begriff von Zeit zu Zeit erneut vorgenommen werden muss.

Wenn also Empiriker darauf angewiesen sind, dass der ‚Streit um Worte‘ zumindest für bestimmte Perioden in den Hintergrund tritt, um Hypothesenbildung und -kritik intersubjektiv zu ermöglichen, so ergibt sich arbeitsteilig eine Aufgabe für die im Fach Politische Theorie Tätigen: Politische Theoretiker sind die „Forscher der Begriffe“. Ihre vornehme Aufgabe ist es, die Begriffsdefinitionen und -umdefinitionen mit ausreichendem Hintergrundwissen vorzunehmen. Die Politische Theorie ist prädestiniert dafür, *Was ist...?*-Fragen im Hinblick auf Begriffe aus der Welt des Politischen zu beantworten. Und sie hat diese Herausforderung

---

<sup>82</sup> Pinker 2018, 68.

<sup>83</sup> Deth 2014.

<sup>84</sup> Deth 2014, 349, zählt auf: „Casting a vote, boycotting some product, donating money, running for office, forwarding emails, contacting an alderman, attending a political poetry slam – the list of modes of political participation is long and gets longer almost daily.”

<sup>85</sup> Collier/Hidalgo/Maciuceanu 2006; Capoccia 2002; Johnson 2003; Kurtz 2000; Levitsky 1998.

auch stets angenommen, bis hin zu Fällen, bei denen die Analyse von Begriffen bereits als Ziel im Buchtitel auftaucht.<sup>86</sup>

### 1.3.2.2 *Wie sollten Begriffsklärungen erfolgen?*

Es stellt sich die Frage, *warum* es in der Praxis einen solchen Definitionswirrwarr gibt. Hier sind interessen- und ideengeleitete Ursachen zu unterscheiden. Es kommt vor, dass in der Wissenschaft Tätige bewusst oder unbewusst interessegeleitet definieren. In diesem Fall werden beim Definieren schon Vorentscheidungen (,Abkürzungen‘) in Bezug auf kontroverse Sachfragen getroffen. Begriffe sind das Netz, das Menschen über die Wirklichkeit legen. Wer die Maschen dieses Netzes knüpft, der bekommt Macht über das Denken der Menschen. Nomina numina – Namen sind Götter. Aus dieser interessegeleiteten Perspektive geht es darum, die Begriffe des Gegners zu besetzen (so wie es früher darum ging, Schlachtfelder zu besetzen), um politische Ziele zu erreichen.<sup>87</sup> In der englischsprachigen Debatte wird unter den Stichwörtern ‚loaded language‘ (bzw. ‚emotive language‘, ‚high-inference language‘ oder ‚language-persuasive techniques‘) beschrieben, wie durch die rhetorische Auswahl von Wörtern unmittelbar Emotionen angesprochen werden sollen.<sup>88</sup> Bestimmte Ausdrücke, etwa ‚Steuererleichterung‘ haben – psychologisch gesprochen – emotionale Valenz. Indem sie positiv besetzte Wertungen ansprechen, lösen sie angenehme Gefühle aus und erzeugen dadurch Zustimmung.<sup>89</sup>

Manche Politische Theoretiker sehen im Ringen um die richtigen Begriffe *ausschließlich* ein Machtspiel, einen Kampf um die Diskurshoheit. Etwas anderes ist aus ihrer Sicht gar nicht denkbar. Hoerster ist jedoch zuzustimmen, wenn er fordert, dass bei einer Begriffsfestlegung nicht schon die Einstellung zu Sachfragen, sondern das Ziel einer optimalen sprachlichen Verständigung über das jeweils Gemeinte allein ausschlaggebend sein sollte.“<sup>90</sup>

Aber ist diese Kritik am ‚interessegeleiteten Definieren‘ überhaupt angebracht? Man könnte einwenden, dass Begriffe nun einmal wertebeladen seien und die Idee von ‚neutralen‘ Begrifflichkeiten eine naive Vorstellung sei. Seit Max Weber wird die Frage, ob Wertungen –

---

<sup>86</sup> Ein bekannter Fall ist *Der Begriff des Politischen* (Schmitt 1996)

<sup>87</sup> Hierzu ein schönes Zitat aus Lewis Carrolls Buch *Alice im Wunderland*: „Wenn ich ein Wort gebrauche“, sagte Goggelmoggel in recht hochmütigem Ton, „dann heißt es genau, was ich für richtig halte – nicht mehr und nicht weniger.“

„Es fragt sich nur“, sagte Alice, „ob man Wörter einfach etwas anderes heißen lassen kann.“

„Es fragt sich nur“, sagte Goggelmoggel, „wer der Stärkere ist, weiter nichts.“

<sup>88</sup> Stevenson 1944; Weston 2000; Macagno/Walton 2014.

<sup>89</sup> In die deutsche Politik hat die Strategie, *loaded terms* zu verwenden, spätestens mit dem Kabinett Merkel IV überhandgenommen, als Gesetze nicht mehr wie früher sachliche Namen erhielten, sondern Namen wie ‚Gute-Kita-Gesetz‘ oder ‚Geordnete Rückführung-Gesetz‘.

<sup>90</sup> Hoerster 1976, 15

implizit und unhintergebar – in allen wissenschaftlichen Begriffen stecken, intensiv diskutiert. Ein erster Zweifel dieser Ansicht ergibt sich, wenn man disziplinübergreifend Sozial- wie Naturwissenschaften in den Blick nimmt. Naturwissenschaftliche Begriffe wie *Corioliskraft*, *Helleborus niger* oder *Clavicula* sind sicherlich in keiner Weise evaluativ aufgeladen. Wenn aber alle Disziplinen von der Physik über die Chemie, Biologie, Psychologie bis zu den Sozialwissenschaften in absteigender Exaktheit angeordnet werden können, dann ergibt sich daraus logischerweise die Konsequenz, dass es keine fixe Grenze zwischen den wertneutralen Begriffen der Naturwissenschaften und den angeblich zwingend wertbeladenen Begriffen der Sozialwissenschaft geben kann. Allenfalls ist dann eine graduelle Abstufung denkbar. Dieses Argument entkräftet die Ansicht, dass sozialwissenschaftliche Begriffe stets wertbeladen sein müssen, aber noch nicht. Es lohnt sich, Webers eigene Denkergebnisse zu dieser Frage noch mal ausführlich zu lesen.<sup>91</sup> Weber geht die Frage von einer konventionalistischen Position (in Abgrenzung zum altgriechischen Essenzialismus) heraus an, die Begriffe als Ergebnisse von kriteriengeleiteter ‚Arbeit am Begriff‘ durch eine wissenschaftliche Gemeinschaft begreift, nicht als vorstellungsmäßige Abbilder einer objektiven Wirklichkeit im antik-scholastischen Sinne.<sup>92</sup> Definitionen sind keine Annäherung an das ‚Wesen‘ oder die ‚Essenz‘ von Phänomenen. Definitionen sind vielmehr die Konventionen, auf die sich die scientific community verständigt; sie können also nicht ‚wahr‘ sein. Nach dieser Auffassung sind Theorien und Hypothesen die vorrangigen Elemente der Welterkenntnis, und Begriffe sind Hilfsmittel dazu.<sup>93</sup> Für Max Weber sind die ‚Idealbilder‘ von Phänomenen wie Macht, Herrschaft, Demokratie, Staat, Frieden, Krieg usw. „notwendig nur [von] sehr relativer und problematischer Gültigkeit, wenn sie als historische Darstellung des empirisch Vorhandenen angesehen sein wollen, dagegen von hohem heuristischen Wert für die Forschung und hohem systematischem Wert für die Darstellung, wenn sie lediglich als begriffliche Mittel zur *Vergleichung* und *Messung* der Wirklichkeit an ihnen verwendet werden. In dieser Funktion sind sie geradezu unentbehrlich.“<sup>94</sup> Weber gesteht zu, dass in der Praxis bei der Bildung der Begriffe bzw. Idealbilder sehr häufig Wertungen des Wissenschaftlers einfließen. Er erläutert dies an den Idealtypen ‚Christentum‘, als Beispiel für einen positiv besetzten Begriff, und ‚Bordell‘ als Beispiel für einen negativ besetzten Begriff.<sup>95</sup> Weber hält dieses Problem jedoch nicht für unlösbar; er fordert die

---

<sup>91</sup> Weber 1988b [1904].

<sup>92</sup> Vgl. Weber 1988b [1904], 208.

<sup>93</sup> Vgl. Pfordten 2010, 81.

<sup>94</sup> Weber 1988b [1904], 199.

<sup>95</sup> „In dieser Bedeutung sind die ‚Ideen‘ dann aber natürlich nicht mehr rein logische Hilfsmittel, nicht mehr Begriffe, an welchen die Wirklichkeit vergleichend *gemessen*, sondern Ideale aus denen sie wertend *beurteilt* wird. Es handelt sich hier *nicht* mehr um den rein theoretischen Vorgang der Bezie-

Unterwerfung unter eine „elementare Pflicht der wissenschaftlichen Selbstkontrolle“, die für ihn das einzige Mittel ist, „Erschleichungen“ zu verhüten und die „logisch vergleichende Beziehung der Wirklichkeit auf Idealtypen im logischen Sinne von der wertenden Beurteilung der Wirklichkeit aus Idealen heraus scharf zu scheiden“.<sup>96</sup>

Tatsächlich fehlt es oft an aktiver Reflexion von Wissenschaftlern über ihre eigene Tätigkeit als Definierer. Aber es gibt auch Positivbeispiele. In der Stadt- und Regionalentwicklung gab es eine längere Diskussion, wie man jene Siedlungen benennen soll, die im globalen Süden durch die rasante Verstädterung entstehen. Gemeint sind jene Siedlungen, in denen es kein Grundbuch oder Katastersystem gibt, keine reguläre Wasser- und Stromversorgung, oft keine staatlich garantierte Sicherheit, keinen ÖPNV und auch keine Postzustellung. Im englischen werden diese Siedlungen ‚Shanty towns‘ oder ‚Slums‘ genannt, auf Portugiesisch ‚Favelas‘, auf Russisch ‚Shanghai‘. Als einige deutsche Geografen den Begriff ‚Elendssiedlungen‘ verwendeten, begann eine Debatte, als deren Resultat sich zumindest bei einem großen Teil der Zunft der Begriff ‚informelle Siedlungen‘ herausgeschält hat. Dass das Leben in solchen informellen Siedlungen oft sehr elend ist, dass diese Stadtteile bei Naturereignissen besonders verwundbar sind, das bestreiten auch die Freunde des Begriffs ‚informelle Siedlungen‘ nicht, aber sie wollen nicht den definitorischen Abkürzungsweg gehen, den der Begriff ‚Elendssiedlung‘ mit sich bringt. Man will einen analytischen Begriff, keinen normativen. Und es gelingt. Nun sind prädikatslogische Aussagen möglich wie „Ihre eigenen Lebenschancen schätzen 75% der befragten Bewohner von informellen Siedlungen als elendig ein“ möglich, ohne dass der ‚Idealtyp‘ dieses Phänomens bereits schon ein positiv oder negativ besetztes Wort ist. Das Beispiel macht deutlich, dass wertgeleitetes Definieren oft gutgemeint ist – die Protagonisten wünschen sich eine gesellschaftlich engagierte Wissenschaft und dafür sollen die motivierenden Begrifflichkeiten her.

Trotzdem ist diese Art des Definierens aus wissenschaftlicher Sicht problematisch – und eben nicht alternativlos. Zwar sind in der Tat viele sozialwissenschaftliche Begriffe in der Alltagssprache wertbeladen. Wenn nun ein Wissenschaftler reale Sachverhalte (die Designata

---

hung des Empirischen auf Werte, sondern um Werturteile, welche in den ‚Begriff‘ des Christentums aufgenommen sind. (...) [D]er Boden der Erfahrungswissenschaft ist verlassen; es liegt ein persönliches Bekenntnis vor, nicht eine ideal-typische *Begriffsbildung*. (Weber 1988b [1904], 199)

<sup>96</sup> „Demgegenüber ist es aber eine *elementare Pflicht der wissenschaftlichen Selbstkontrolle* und das einzige Mittel zur Verhütung von Erschleichungen, die logisch *vergleichende* Beziehung der Wirklichkeit auf *Idealtypen* im logischen Sinne von der wertenden Beurteilung der Wirklichkeit aus *Idealen* heraus scharf zu scheiden. Ein ‚Idealtypus‘ in unserem Sinne ist (...) etwas gegenüber der *wertenden* Beurteilung völlig indifferentes, er hat mit irgend einer anderen als einer rein logischen ‚Vollkommenheit‘ nichts zu tun. Es gibt Idealtypen von Bordellen so gut wie von Religionen, und es gibt von ersteren sowohl Idealtypen von solchen, die vom Standpunkt der heutigen Polizeietik von technisch ‚zweckmäßig‘ erscheinen würden, wie von solchen, bei denen das gerade Gegenteil der Fall ist (Weber 1988b [1904], 200)

der Begriffe) so untersuchen will, dass die analytische und die evaluative Ebene nicht sofort schon vermischt werden, dann kann und sollte er über die implizite Wertbeladenheit der von ihm verwendeten Begriffe nachdenken. Die Wissenschaftler eines Fachs können dann entweder die Verabredung treffen, einen bestimmten Begriff wertneutral zu verwenden – ‚Regime‘ wäre hierzu ein Beispiel aus der Politikwissenschaft – oder einen Neologismus zu bilden, um den wertbeladenen Begriff zu vermeiden. So entstehen zwar manchmal künstliche Wissenschaftsbegriffe, aber auf diese Weise kann man das Problem der Wertbeladenheit vieler Begriffe in der Regel gut umschiffen. Wenn dies im Einzelfall nicht möglich ist, so bleibt immer noch der Ausweg, alle positiven oder negativen Konnotationen eines Begriffs offenzulegen, damit sie stets im Bewusstsein sind.<sup>97</sup>

Definitionen sind keine Theorien. Savigny hat auf den Unterschied zwischen Behauptungen *über* Wörter einer Sprache und Behauptungen *mit* Wörtern einer Sprache hingewiesen.<sup>98</sup> Bei der Frage *Was ist ein ‚Staat‘?* geht es primär um den *Staatsbegriff*, während die Frage nach der Legitimation des Staates *Theorien* mit dem Begriff ‚Staat‘ aufstellt. Hier können ganz verschiedene Schulen bzw. Theorien exakt den gleichen Staatsbegriff verwenden. Das Definieren geht dem Theoretisieren voraus – und wird dann doch wieder von ihm eingeholt und muss in Begriffsklärungsphasen von neuem begonnen werden. Da Definitionen nicht falsifizierbar sind, stellt sich bei ihnen nicht (wie bei Theorien) die Frage nach richtig oder falsch. Sie wird ersetzt durch die Frage der Angemessenheit.<sup>99</sup> In den 1950er Jahren zweifelte Gallie daran, ob es überhaupt Kriterien geben kann: „Competition between scientific hypotheses works successfully largely because there are acknowledged general methods or principles for deciding between rival hypotheses (...). But nothing remotely like this is true in the case of essentially contested concepts; none of these, in the nature of the case, ever succumbs – as most scientific theories eventually do – to a definite or judicial knock-out.”<sup>100</sup> Doch inzwischen sind eine ganze Reihe von Kriterien für Angemessenheit herausgearbeitet worden, u.a. 1) der Gebrauch der Mehrheit in der Scientific Community (als Meta-Kriterium, in das die weiteren Kriterien miteinfließen), 2) die Adäquatheit, 3) die Fruchtbarkeit, 4) die

---

<sup>97</sup> Ladwig (2012) hält den Versuch, wertneutrale Begriffe zu schaffen für aussichtslos; er propagiert ausschließlich die Strategie, alle eigenen Werturteile explizit zu machen.

<sup>98</sup> Savigny 1980.

<sup>99</sup> Vgl. Opp 2014, 119.

<sup>100</sup> Gallie 1956, 179. Es ist unklar, warum Gallie glaubt, dass ‚grundsätzliche Umstrittenheit‘ ein alleiniges Merkmal von positiv besetzten politischen Begriffen wie ‚Demokratie‘, ‚Frieden‘ oder ‚Freiheit‘ ist. Ihre negativ besetzten Counterparts sind schließlich genauso umstritten.

Notwendigkeit<sup>101</sup> und 5) die etymologischen Wurzeln, zum Beispiel wenn der Begriff seinen Ursprung im Altgriechischen oder Lateinischen hat. Abhandlungen über das *nicht*-interessegeleitete bzw. *nicht*-wertgeleitete Definieren gibt es durchaus zur Genüge.<sup>102</sup> Und auch wenn sie im Detail unterschiedliche Wege vorschlagen, wie ein Begriff adäquat definiert werden kann, so sind sich doch alle darin einig, dass es Alternativen zur pessimistischen Auffassung gibt, dass Definitionsakte und die sich aus ihnen ergebenden Definitionen zwangsläufig interesse- bzw. wertgeleitet sein müssen.

Eine adäquate Terminologie freilich tut Not, denn so wie Begriffe ohne entsprechende Phänomene leer sind; so sind auch existierende Phänomene ohne Begriffe für den menschlichen Verstand unzugänglich.<sup>103</sup> In den Naturwissenschaften, die sich überwiegend mit physischen Gegenständen beschäftigen, scheint die Bereitschaft, ebendiese physischen Gegenstände ständig umzubenennen, gering ausgeprägt. In den Geisteswissenschaften kann man aber nun für jeden neuen Begriff einen dazugehörigen Geistesinhalt gleich miterfinden. Da sich der Mensch über Begriffe die Welt erschließt, ist die Versuchung groß, die Begriffe so zu „machen“, dass die eigene Weltsicht als die plausibelste erscheint. Die von Max Weber geforderte „wissenschaftliche Selbstkontrolle“ als Forderung heute so aktuell wie damals.

### 1.3.2.3 Kombinationen

Es wird in (Lehr-)Büchern der Politischen Theorie wird nicht selten auf eine Kombination der Sortierprinzipien ‚Personen‘ und ‚Begriffe‘ (bzw. ‚-ismen‘) gesetzt. Kurz zu einigen Werken, die den personenorientierten Ansatz mit dem systematischen zusammenführen:

---

<sup>101</sup> Dazu ein Beispiel bei Opp (2014, 120): „Wenn z.B. Homans (...) das Wort ‚Status‘ definiert als „die Stimuli, die ein Mensch einem anderen Menschen und sich selbst präsentiert“, dann könnte man fragen, warum man dem Definiendum ‚Status‘ eine neue Bedeutung zuschreiben sollte, denn dieses Wort wird bereits in mehreren Bedeutungen verwendet. Die von Homans vorgeschlagene Konvention über die Verwendung des Wortes ‚Status‘ ist jedoch weder falsch noch wahr.“

<sup>102</sup> Für Hoerster (1976, 15) sollte bei der ‚Arbeit an Begriffen‘ wie folgt vorgegangen werden: „Sie stellt zunächst den tatsächlichen Sprachgebrauch des betreffenden Begriffs fest (in der Regel wird der wissenschaftliche Sprachgebrauch bereits eine gewisse Präzisierung des allgemeinen Sprachgebrauchs darstellen). Sodann sucht sie diesen Sprachgebrauch sofern erforderlich mit den Mitteln kritischer Analyse zu verbessern. Kriterien dieser Verbesserung sind Gesichtspunkte wie Präzision, logische Konsistenz und Stimmigkeit im Rahmen des gesamten staatsphilosophischen Begriffsnetzes.“. Tremmel (2003; verkürzt auch in 2015) exerziert die Anwendung nicht-interessegeleiteter wie auch interessegeleiteter Definitionskriterien am Begriff der ‚Nachhaltigkeit‘ durch.

Zur weiteren Lektüre über Definitionsakte in der Philosophie bzw. Wissenschaftstheorie, siehe Dubislav 1931; Carnap 1959; Hempel 1965; Esser 1970; Stegmüller 1970; Pawlowski 1980; Haslanger 2000; Brun 2015; Cappelen 2018. Auch wissenschaftstheoretische Werke, die speziell Sozialwissenschaftler adressieren, gibt es zur Genüge, etwa Sartori 1970; Sartori 1984; Prim/Tilmann 1977; Dreier 1997, 115-149; Gerring 2001; Goertz 2006; Opp 2014.

<sup>103</sup> In Abwandlung eines berühmten Satzes von Kant: „Gedanken ohne Inhalt sind leer, Anschauungen ohne Begriffe sind blind“ (Kant 1968c, 98 (B 75)).

Bei *Politische Philosophie* (2012) von Becker/Schmidt/Zintl findet man eine matrixähnliche Kombination der Sortierprinzipien Personen und Begriffen/Themen, wobei die sieben Themen (,Gesellschaftsvertrag‘, ,Sittlichkeit‘, ,Freiheit‘, ,Gerechtigkeit‘, ,Demokratie und politische Legitimität‘, ,Gewaltenteilung‘, ,internationale Beziehungen‘) auf der obersten Ebene angesiedelt sind.<sup>104</sup> Unter jedes ihrer sieben Themen subsumieren Becker/Zintl/Schmidt nun einige Denker. Ihr Klassiker-Pool besteht aus Hobbes, Locke, Rousseau, Platon, Hegel, Taylor, Arendt, Kant, Mill, von Hayek, Marx, Aristoteles, Hume, Rawls, Habermas, Montesquieu, Sieyes, den Autoren der *Federalist Papers* und Hume.<sup>105</sup> Das innovative Element liegt eben darin, den selbstgelegten ,roten Faden‘ stringent zu begründen, ähnlich wie bei der oben schon thematisierten Gruppierung von Klassikern zu Paaren oder Trios.<sup>106</sup>

### 2.3.3 Normative Politische Theorie

#### 2.3.3.1 *Normative Hypothesen über Polity, Policy und Politics*

Empirische Untersuchungen betrachten das *Sein*, normative Untersuchungen beschäftigen sich mit dem *Seinsollen*. Normative Forschung – nach der Ideengeschichte und den Begriffsklärungen der dritte Teilbereich des Fachs Politische Theorie – beansprucht, zu begründeten Sollensaussagen in Hinblick auf politische Phänomene zu gelangen.<sup>107</sup> Wenn die normativ ausgerichteten Gesellschaftswissenschaften allgemein fragen, wie Menschen ihr Zusammenleben organisieren sollten, dann fragt die normative Politikwissenschaft spezieller, wie Menschen ihr Zusammenleben in *politischer* Hinsicht organisieren sollten. Der Begriff der Normativität – mit vielfacher Bedeutung – ist in den Politikwissenschaften gang und gäbe; dessen ungeachtet wird die Überprüfung konkreter normativer Hypothesen nur sehr selten vorgenommen. Während innerhalb der Politischen Theorie den Methoden bzw.

---

<sup>104</sup> Beim Vergleich mit dem Referenzwerk zu Begriffen, nämlich *Politische Theorie: 25 umkämpfte Begriffe zur Einführung* fällt auf, dass dass sämtliche Begriffe bzw. Themen aus Becker/Zintl/Schmidts Buch auch bei Göhler/Iser/Kerner analysiert werden. Mit einer Ausnahme: ,Sittlichkeit‘.

<sup>105</sup> Bei Tobias Beves Werk *Politische Theorie* (2007) machen ebenfalls Begriffe bzw. Themen das erste Sortierprinzip aus, darunter sind dann jeweils zwei bis drei Klassiker aufgeführt (zum Beispiel: ,Gerechtigkeit‘: Platon, Utilitarismus, Rawls; ,Freiheit‘: Jean-Jacques Rousseau; John Stuart Mill; Theodor W. Adorno; ,Herrschaft‘: Aristoteles, Thomas Hobbes, Max Weber; ,Macht‘: Machiavelli, Hannah Arendt, Michel Foucault; ,Konservatismus‘: Edmund Burke, Carl Schmitt; ,Sozialismus‘: Die Frühsozialisten, Karl Marx und Friedrich Engels, ,Liberalismus‘: John Locke, Alexis de Tocqueville).

<sup>106</sup> Man kann durchaus darüber streiten, ob Rousseau eher ins Kapitel ,Sittlichkeit‘ oder in das zum ,Gesellschaftsvertrag‘ passt, oder Kant eher zum Thema ,Gerechtigkeit‘ oder ,internationale Beziehungen‘.

<sup>107</sup> Vgl. Buchstein 2015, 38.

der Methodologie<sup>108</sup> der Ideengeschichte ausreichend Aufmerksamkeit gewidmet wird, lernen Studierende bisher sehr wenig darüber, wie methodisch mit normativen Hypothesen aus der Welt der Politik verfahren werden kann.

### 2.3.3.2 Normative Hypothesen auf der Polity-Ebene

Normative Hypothesen<sup>109</sup> lassen sich nach dem bekannten Polity, Policy und Politics-Schema klassifizieren. Übersetzt werden die Begriffe in der Regel mit der formalen bzw. institutionell-strukturellen Dimension (polity), der inhaltlichen bzw. materiellen Dimension (policy) und der prozessuralen bzw. konfliktären Dimension (politics) von Politik.<sup>110</sup> Folgt man der Trias, so stellen sich auf der *Polity-Ebene* Fragen in Bezug auf politische Systeme, Staatsformen, Regelwerke... Welche Forschungsfragen könnten das sein? Die *Entdeckung bzw. Generierung* der Hypothesen ist – sofern die nötige theoretische Einbettung nicht vernachlässigt wird – anders als die *Prüfung* der Hypothesen in gewissem Maße eine Aufgabe für die persönliche Kreativität.<sup>111</sup> Hier nun einige Ergebnisse eines Brainstormings:

H1<sub>Polity</sub>: „Die staatliche Ordnung sollte liberal-demokratisch sein.“

H2<sub>Polity</sub>: „In einem Staat sollte die Staatsgewalt in drei voneinander getrennte Gewalten aufgeteilt sein: Legislative, Exekutive, Judikative.“

H3<sub>Polity</sub>: „Jeder Partei sollte unabhängig von dem Wahlergebnis, das sie bei der vorherigen Wahl erzielte, die gleiche Sendezeit für Wahlwerbung in TV und Radio zustehen.“

H4<sub>Polity</sub>: „Über jede Verfassungsänderung sollte ein Referendum abgehalten werden.“

H5<sub>Polity</sub>: „Eine staatliche Wahlkampfkostenerstattung für Parteien sollte es nicht geben.“

---

<sup>108</sup> Oft wird Methode und Methodologie begrifflich unterschieden. Während eine Methode das angewandte wissenschaftliche Vorgehen in der täglichen Praxis bezeichnet, ist eine Methodologie auf der Ebene der Reflexion verschiedener wissenschaftlicher Vorgehensweisen anzusiedeln.

<sup>109</sup> Es ist möglich, Geflechte aus normativen *Hypothesen* als normative *Theorien* zu bezeichnen. Vergleiche Behnke (2012, 77): „Normative Sätze sind Sätze über das Sollen, die in der Regel einen universalen Geltungsanspruch erheben. Als normative Theorien kann man Gruppen von normativen Sätzen bezeichnen, die sich auf ein gemeinsames Thema wie zum Beispiel Verteilungsgerechtigkeit beziehen.“ Im Mittelpunkt dieses Buches stehen einzelne normative Hypothesen.

<sup>110</sup> Die dritte Dimension wird oft auch als Akteursebene bezeichnet (vgl. Böhret/Jann/Kronenwett 1988, S. 5 f.): „Die dritte Dimension von Politik umfasst jene Prozesse, die zwischen den am politischen Geschehen Beteiligten ablaufen.“

<sup>111</sup> Wie kommen Wissenschaftler zu ihren Hypothesen? Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes „Einfälle“. Dabei gilt: Wie es zu einem Einfall kam, hat zunächst mal nichts mit dessen Wert zu tun. Die Quellen der Inspiration sind eine Sache, die Methoden zur Prüfung der Einfälle eine andere. Popper drückt dies so aus: „Wir wollen also scharf zwischen dem Zustandekommen des Einfalls und den Methoden und Ergebnissen seiner logischen Diskussion unterscheiden und daran festhalten, dass wir die Aufgabe der Erkenntnistheorie oder Erkenntnislogik (im Gegensatz zur Erkenntnispsychologie) derart bestimmen, dass sie lediglich die Methoden der systematischen Überprüfung zu untersuchen hat, der jeder Einfall, soll er ernst genommen werden, zu unterwerfen ist.“ (Popper 1994, 6).



H6<sub>Polity</sub>: „Das Wahlrecht für den deutschen Bundestag sollte in gleicher und geheimer Wahl jedem bzw. jeder Deutschen zustehen, der/die das 17. Lebensjahr vollendet hat.“

Die Beispiele zeigen, dass normative Hypothesen (genauso wie empirische) eine unterschiedliche Reichweite oder ‚Schwere‘ haben können. Jede Veränderung einer Variablen in der Hypothese H6<sub>Polity</sub> (‚gleich‘, ‚geheim‘, die deutsche Staatsangehörigkeit, die konkrete Altersgrenze) wäre nicht unwichtig. Aber die Reichweite der Hypothese H6<sub>Polity</sub> und ihrer zahlreichen Gegenhypothesen (z.B. die Forderung nach einer Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre) bleibt doch deutlich unterhalb der Reichweite der oben genannten Hypothese H1<sub>Polity</sub>, die sich auf die Auswahl der Staatsform insgesamt bezieht.

### 2.3.3.3 *Normative Hypothesen auf der Policy-Ebene*

Nun zur Policy-Ebene, die wie folgt definiert werden kann: „Die zweite Dimension von Politik betrifft ihre Inhalte, d.h. die Frage, nach den Gegenständen und Aufgaben der Politik und der Art und Weise dieser Aufgabenerfüllung. Im Deutschen wird diese Dimension der Politik vor allem in zusammengesetzten Begriffen wie Arbeitsmarkt-, Sozial- oder Wohnungsbaupolitik deutlich.“<sup>112</sup> Auf dieser Ebene stellt sich normativ die Frage nach den ‚gesollten‘ bzw. ‚guten‘ Politiken in verschiedenen Politikfeldern.

Beispiele für normative Hypothesen auf der Policy-Ebene:

H1<sub>Policy</sub>: Eine Regierung sollte Bildungspolitik A (bestehend aus den Maßnahmen a, b, c) durchführen.

H2<sub>Policy</sub>: Eine Regierung sollte Umweltpolitik A (bestehend aus den Maßnahmen a, b, c) durchführen.

Die analogen Hypothesen lassen sich für alle Politikfelder aufstellen, also z.B. auch für die Renten-, Wirtschafts-, Gesundheits-, Pflege-, Finanz-, Arbeitsmarkt-, Familienpolitik (bestehend jeweils aus den Maßnahmen a, b, c etc.).

### 2.3.3.4 *Normative Hypothesen auf der Politics-Ebene*

Als letztes sei die Politics- oder Akteursebene genannt. Die allgemeine Frage der Ethik „Was sollen wir/ich/man tun?“ wird hier spezifiziert in: „Was sollen wir/ich/man in der Politik tun?“

Einige Beispiele für normative Hypothesen auf der Mikroebene:

H1<sub>Politics</sub>: „Man sollte in einem demokratischen Mehrparteiensystem in einer wohlgeordneten Gesellschaft politische Gegner, die selbst keine Gewalt anwenden, nicht töten.“

---

<sup>112</sup> Böhret/Jann/Kronenwett 1988, 5.

H2<sub>Politics</sub>: „Gegen jemand, der versucht, die Demokratie zu beseitigen, sollte man Widerstand leisten.“

H3<sub>Politics</sub>: „Man sollte sich in einer demokratischen Partei politisch engagieren.“

H4<sub>Politics</sub>: „Man sollte die Partei wählen, die die eigene Steuerlast zu minimieren verspricht.“

H5<sub>Politics</sub>: „Man sollte sich an deliberativen Foren der Bürgerbeteiligung beteiligen.“

H6<sub>Politics</sub>: „Man sollte bei jeder Wahl von seinem Wahlrecht Gebrauch machen.“

Im Zusammenhang mit der Polity, Policy und Politics-Trias ist der Gedanke interessant, dass Polity im Grunde „geronnene Politics“<sup>113</sup> sei. Tatsächlich sind alle Institutionen das Ergebnis von Handlungsprozessen und Sprechakten. Eine Verfassung wird zum Beispiel zu einer bestimmten Zeit aufgrund ganz spezifischer historischer Umstände von konkreten Personen verfasst. Einige Generationen später wird sie zur Struktur gezählt. Alle Institutionen entstehen und vergehen durch politisches Agieren, wobei Konflikte an der Tagesordnung sind. Alle Institutionen werden durch viele aufeinander abgestimmte Einzelhandlungen von Menschen am Leben gehalten; diese Einzelhandlungen wiederum können auf ihre moralische Akzeptabilität überprüft werden. Es lassen sich also alle normative Hypothesen auf der Polity-Ebene in solche auf der Politics-Ebene umformulieren. H1<sub>Polity</sub>: „Die staatliche Ordnung sollte liberal-demokratisch sein“ wird dann beispielsweise zu H1<sub>Politics</sub>: „Man sollte sich dafür einsetzen, dass die staatliche Ordnung liberal-demokratisch bleibt bzw. wird“.

Prinzipiell ist zu beachten, dass jede normative Hypothese, die von ihrer Struktur her überhaupt prüffähig ist,<sup>114</sup> in drei deontischen Modi formulierbar ist: Pflicht, Erlaubnis, Verbot.<sup>115</sup> Die Hypothese: „Man soll [muss] Widerstand leisten gegen jemand, der versucht, die Demokratie zu beseitigen“ ist genauso prüffähig wie die zwei Hypothesen „Man darf Widerstand leisten gegen jemand, der versucht, die Demokratie zu beseitigen“ und „Man darf keinen Widerstand leisten gegen jemand, der versucht, die Demokratie zu beseitigen“. Aus logischen Gründen ist es nicht zulässig, die Alltagsintuitionen schon das Ergebnis bestimmen zu lassen. Es ist mithin methodologisch unzulässig, etwa die Hypothese „Man soll Notleidenden helfen“ für eine *prüffähige* normative Hypothese zu halten, die Gegen-Hypothese „Man soll Notleidenden nicht helfen“ jedoch nicht. Prüffähigkeit und die (vermutete) Richtigkeit sind zweierlei.

---

<sup>113</sup> Robert 1988, 7.

<sup>114</sup> Dies schließt selbstzerstörerische, selbstaufhebende und inhaltsleere normative Hypothesen aus, für Beispiele siehe dazu Abschnitt 2.4 **Struktur prüffähiger normativer Hypothesen**.

<sup>115</sup> Zu den Modifikationen und Untertypen jedes deontischen Modus, siehe Ott 2011, 476.

### 2.3.3.5 Die Umfrage in der Zeitschrift für Politische Theorie

Für die Klärung, welchen Stellenwert die Normativität im Fach ‚Politische Theorie‘ hat, ist eine Umfrage hilfreich, wie die Inhaber von Professuren dieser Denomination selbst ihr Fach verstehen. Die *Zeitschrift für Politische Theorie* hat in ihrer Ausgabe 1/2010 eine Selbstverständigung versucht und den rund 50 deutschsprachigen Professoren, in deren Denomination ‚Politische Theorie‘ auftaucht, einen Fragenkatalog zugesandt. Eine Frage lautete: „*Von welcher Methode oder welchem Ansatz erwarten Sie für die Politische Theorie in den nächsten Jahren den höchsten Erkenntnisgewinn?*“ Hier wurde am häufigsten die Hermeneutik genannt (15 Nennungen). Aus der Antwort auf diese Frage (wie auch aus der Umfrage insgesamt) wird deutlich, dass der größte Teil der Stelleninhaber ihr Fach im Sinne der Ideengeschichte versteht und primär zu den Klassikern forscht und lehrt.<sup>116</sup> Nur drei Personen antworteten, dass sie von ‚normativen Ansätzen‘ in den nächsten Jahren den höchsten Erkenntnisgewinn erwarten.<sup>117</sup>

### 2.3.3.6 Fallen ideengeschichtliche und normative Forschung zusammen?

Arbeiten ideengeschichtlich ausgerichteten Lehrstühle denn nicht mit den Texten und damit den Theorien *früherer* Normativisten, angefangen von Platon und Aristoteles? In der Tat sind die Schriften hervorragender klassischer Denker gelegentlich hilfreich, um aktuelle normative Hypothesen zu beforschen. So ist es etwa für die Frage nach der Rechtfertigung von staatlichen Strukturen sehr nützlich, die Naturzustandskonzeptionen von Machiavelli, Hobbes, Locke, Montesquieu und Kant zu kennen. Und John Stuart Mill hat die Demokratie hervorragend gegen konkurrierende Staatsformen verteidigt, als dies noch eine Minderheitenposition war.

Die ideengeschichtliche (synonym: historische) und die normative Methode können einander sinnvoll ergänzen, dennoch sollte man sich vor dem Irrtum hüten, es gäbe keinen Unterschied zwischen den beiden Methoden. Wenn Gerhard Göhler schreibt,<sup>118</sup> dass Politische

---

<sup>116</sup> Eine andere Frage der Umfrage lautete: „Was ist das Werk, das die Politische Theorie am meisten geprägt hat?“ Einige Antworten: Platon: *Der Staat*; Aristoteles: *Politik*; derselbe: *Nikomachische Ethik*; Machiavelli: *Der Fürst*; Hobbes: *Leviathan*; Montesquieu: *Vom Geist der Gesetze*; Rousseau: *Vom Gesellschaftsvertrag*; J.S. Mill: *Zweite Abhandlung über die Regierung*; de Tocqueville: *Über die Demokratie in Amerika*; Marx: *18. Brumaire*; Eric Voegelin: *Ordnung und Geschichte*; Max Webers Aufsatz: *Die ‚Objektivität‘ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*; derselbe: *Politik als Beruf*; Leo Strauss: *Naturrecht und Geschichte*; Carl Schmitt: *Der Begriff des Politischen*; Hannah Arendt: *Ursprünge und Elemente der totalen Herrschaft*; John Rawls: *Eine Theorie der Gerechtigkeit*; Niklas Luhmann: *Soziale Systeme*; derselbe: *Die Politik der Gesellschaft*; Axel Honneth: *Kampf um Anerkennung*.

<sup>117</sup> Noch weniger Personen nannten Rational Choice und Spieltheorie (2x), Konstruktivismus (1x) und Skeptizismus (1x).

<sup>118</sup> Göhler 2007, 85.

Philosophie und Ideengeschichte beide nach einer angemessenen Ordnung für das Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen fragen, dass diese Fragen von der Politischen Philosophie *systematisch* gestellt und in der politischen Ideengeschichte *historisch* verfolgt werden, dass also jede politische Philosophie im Nachhinein zum Element politischer Ideengeschichte werde, so klingt dies, als gäbe es keinen anderen Unterschied als das Erscheinungsdatum: entweder jüngst publiziert oder vor einigen Jahrhunderten publiziert. Hier hat Tobias Rosefeldt zu Recht widersprochen: „In der historischen Philosophie [gleiches gilt für die Ideengeschichte, der Autor] versucht man zu verstehen, was ein bestimmter Autor behauptet, wie er es begründet und ob das, was er sagt, plausibel ist. Systematisch zu philosophieren heißt dagegen, selbst eine philosophische Frage zu beantworten und die Schriften anderer Autoren nur dazu zu verwenden, dies auf die beste mögliche Weise zu tun. Das ist eine ganz andere Herangehensweise als die der Interpretation.“<sup>119</sup>

Ein Beispiel mag dies verdeutlichen. Der Autor hat in einer früheren Studie die Frage behandelt, ob ein Philosoph (alternativ: ein Gelehrter, ein Literati) als Berater in die Dienste eines Herrschers (Fürsten, Königs) treten sollte.<sup>120</sup> Dabei hat der Autor Thomas Morus Text *Utopia* zur Beantwortung dieser normativen Frage herangezogen. Nun war diese Frage zu Zeiten von Thomas Morus eine aktuelle normative Frage, heute ist sie es weit weniger. Für viele der oben dargestellten normativen Hypothesen aus den Bereichen Polity, Policy und Politics lässt sich kein Klassiker sinnvoll heranziehen, weil sich diese Fragen vor mehreren hundert Jahren noch gar nicht stellten. Es sollte aber nicht so sein, dass nur die normativen Fragen beforscht werden, zu denen es eine passende Theorie eines Klassikers oder einer Klassikerin gibt. Genau dies ist aber das Risiko, wenn der ideengeschichtliche und der normative Forschungsansatz als letztlich der gleiche Ansatz bezeichnet werden.

Jonathan Wolff schildert seine Schwierigkeiten, die Theorien der zeitgenössischen Klassiker Rawls und Nozick auf die normativen Fragen anzuwenden, die ihn interessieren.<sup>121</sup> Als Probleme, auf die man stößt, nennt er Dogmatismus, Unterbestimmtheit und mangelnde Adäquatheit des Begriffsapparates. Insbesondere Letzteres stellt ein Problem dar.<sup>122</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die Potenziale, die normative Forschung bieten

---

<sup>119</sup> Rosefeldt 2015, 2. Er fährt fort: „Die einzige philosophische Epoche, in der man meinte, dass eigene philosophische Einsichten letztlich nichts anderes sein könnten als Reinterpretationen der Texte kanonischer Autoren, war dagegen - richtig: die Scholastik.“

<sup>120</sup> Tremmel 2016.

<sup>121</sup> Wolff 2018, 14-17.

<sup>122</sup> In einem anderen Forschungsprojekt hat der Autor zur Frage, wie (in)flexibel Verfassungen sein sollten, zunächst die Klassiker Thomas Jefferson und James Madison befragt. Obwohl dies durchaus wichtige Einsichten generierte, zeigte sich auch, dass das historische Begriff ‚perpetual constitution‘ nicht adäquat ist. Um seine normative Forschungsfrage also weiter verfolgen und letztlich beantworten zu können, musste der Autor erst diesen Begriff ersetzen (Tremmel 2019).

würde, werden nicht schon von den ideengeschichtlich Forschenden abgedeckt.

Ideengeschichtliche und normative Forschung fallen nicht zusammen. Während die ideengeschichtliche Forschung heute institutionell gut verankert ist, gilt dies für die normative Forschung nicht in gleichem Maße.

### 2.3.3.7 *Das Auswahlproblem als normatives Problem?*

Nun wird die Frage nach dem Stellenwert und dem Umfang von tatsächlich durchgeführter normativer Forschung letztlich unterschiedlich beantwortet werden, je nachdem wie ‚normative Forschung‘ definiert wird.

Gelegentlich wird nämlich auch die Ansicht vertreten, *jede* politikwissenschaftliche Forschung und Lehre (auch zu empirischen Fragen) sei normativ imprägniert. Denn schließlich müsse sich ja ein Forschender oder Lehrender entscheiden, womit er sich beschäftigt.

Richtig ist: Für jedes Mitglied im großen Gebäude der Wissenschaft ist eine ständige Notwendigkeit, Auswahlentscheidungen zu treffen. Das Auswahlproblem, wie es im Folgenden genannt werden soll, stellt sich für Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaftler gleichermaßen. Jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler muss sich fragen: Wie kann ich angesichts der Vielzahl wichtiger und interessanter Fragestellungen meine Arbeitszeit optimal und effizient einsetzen? Eine Historikerin steht vor dem Problem, sich z.B. geografisch („Untersuche ich die Geschichte der USA, Europas, der Osterinseln, oder entsprechend grobkörnig, der ganzen Welt?“) oder thematisch („Untersuche ich die Geschichte der Wikinger, der Prostitution, des Geldes oder der Institution Staat?“) entscheiden zu müssen. Ein Physiker muss sich ebenfalls entscheiden, ob er – sagen wir – Thermodynamik oder Optik zu seinem Forschungsgebiet macht. Der empirisch arbeitende Politologe trifft eine Auswahl, wenn er sich zum Beispiel mit Landtagswahlen statt mit Europawahlen beschäftigt und dazu publiziert. Dadurch werden diese Historikerin, dieser Physiker und dieser Politikwissenschaftler aber nicht zu Normativisten, sondern sie bleiben Empiriker. Bei der Auswahl ihrer Forschungsschwerpunkte geben persönliche Präferenzen oder auch externe Anreize (etwa voluminöse staatliche Förderprogramme, oder Vorgaben von Universitätspräsidenten) die Richtung vor. Niemand hat zeitliche und finanzielle Ressourcen, um alle wissenschaftlichen Probleme zu beackern. Also ist – leider – eine Auswahl unumgänglich. Hierfür ist jedoch ein Rückgriff auf den Begriff „Werturteil“<sup>123</sup> der Begriff der ‚Forschungsinteressen‘ ist viel besser geeignet. Wortspiele („Jedem ist etwas

---

<sup>123</sup> Weber 1988b [1904], 182.

Anderes *wert*, untersucht zu werden“) lassen sich immer anstellen. Und die terminologische Variante, den Begriff des ‚Werturteil‘ so stark auszuweiten, dass das Auswahlproblem hineinfällt, ist auch nicht komplett illegitim. Allerdings sollte dann Konsens bestehen, dass dieses Werturteil-Problem auf einer ganz anderen Ebene anzusiedeln ist die Suche nach den Antworten auf normative Hypothesen aus der Welt des Politischen.

#### 2.3.3.8 *Ist die ergebnisoffene Überprüfung normativer Hypothesen per se unmöglich?*

Nun werden Werturteile von Relativisten auch dafür verantwortlich gemacht, den normativen Forschungsprozess selbst zu determinieren. Entsprechend dieser Auffassung kann es überhaupt keine ergebnisoffene normative Forschung geben. Nun stellt sich hier die Anschlussfrage, ob diese Kritiker die ergebnisoffene Überprüfung *empirischer* Hypothesen für prinzipiell möglich halten. Wird auch dies in Frage gestellt, weil die Position eingenommen wird, dass es prinzipiell keine Objektivität in den Sozialwissenschaften gäbe<sup>124</sup> dann ist die Position konsistent – aber unterkomplex. Ohne der Relativismus-Objektivismus-Debatte (vgl. letztes Kapitel) vorgreifen zu wollen, hier einige Anmerkungen zur Möglichkeit ergebnisoffenen Forschens von werturteilsbelasteten Wissenschaftlern. Das Auswahlproblem wurde oben schon besprochen, also nehmen wir einmal an, eine (wie auch immer) ausgewählte empirische Hypothese stehe bereits fest. Ist sie ergebnisoffen überprüfbar, oder sind wir so stark durch unsere Werturteile beeinflusst, dass diese tiefsitzenden Weltanschauungen *während* des Forschungsprozesses selbst dafür sorgen, dass das Ergebnis in die eine oder andere Richtung ausfällt? Dazu eine Anekdote aus der eigenen Forschungserfahrung des Autors. Nehmen wir an, es sei ein Forschungsantrag zu entscheiden. Das Ziel des einjährigen Forschungsprojektes wird zunächst so umrissen: „Deutschland verfügt über mehrere Expertengremien zur Politikberatung, die sich mit Fragen der Nachhaltigkeit befassen. Bereits im Namen trägt der von Bundeskanzler Gerhard Schröder im Februar 2001 eingerichtete Rat für nachhaltige Entwicklung (RNE) die „nachhaltige Entwicklung“. Versteht man Umweltpolitik als ökologische Komponente von Nachhaltigkeit, so sind zwei weitere Räte zu nennen: der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) sowie der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale

---

<sup>124</sup> So schreiben Schaal und Heidenreich (2016, 27): „Das notwendig subjektive Moment normativer Theorie impliziert keine Willkür und keine Beliebigkeit, wie ihr häufig unterstellt wird. Denn zum einen existiert die rationalisierende Wirkung des akademischen Diskurses auch innerhalb der normativen Politischen Theorie; zum anderen existiert normative Politische Theorie nicht im luftleeren Raum, sondern ist immer gesellschaftlich-kulturell situiert und reflektiert die damit einhergehenden Werte. Schließlich – und dies ist sicher das stärkste Argument zugunsten der normativen Theorien – ist Normativität unvermeidlich. Objektivität in den Sozialwissenschaften ist unmöglich und die Selbstkategorisierung einiger Theorien als ‚objektiv‘ oder ‚nicht-normativ‘ selbst schon Ideologie.“

Umweltveränderungen (WBGU), der vor allem globale Fragen in den Blick nimmt. Alle Mitglieder dieser Räte werden von der Exekutive (Kanzleramt oder Ministerien) berufen. Auf den ersten Blick scheint es ein starkes Bekenntnis zur Nachhaltigkeit und Zukunftsorientierung zu sein, wenn die Exekutive eines Landes auf Dauer gleich drei Expertengremien dafür einrichtet. Allerdings äußert sich zum Beispiel der Schlussbericht der Enquete-Kommission *Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität – Wege zu nachhaltigem Wirtschaften und gesellschaftlichem Fortschritt in der Sozialen Marktwirtschaft* kritisch zur derzeitigen Vielzahl von Beiräten und Sachverständigengremien, die jeder für sich nur eine bescheidene Wirkungsmächtigkeit aufwiesen.<sup>125</sup>

Hier setzt das Projekt an; und es werden drei Forschungsfragen formuliert:

- 1) *Inwieweit ist es WBGU, SRU und RNE gelungen, öffentliche Diskurse zu initiieren und mediales Agenda-Setting zu betreiben?*
- 2) *Wie oft sind die Empfehlungen von WBGU, SRU und RNE von ihren Adressaten, sofern dies politische Akteure waren, in Rechtsnormen überführt worden?*
- 3) *Welche institutionellen Hemmnisse verhinderten bzw. verhindern einen größeren Impact bei WBGU, SRU und RNE?“*

In einem späteren Abschnitt des Antrags werden diese Fragen in Hypothesen übersetzt, von denen hier nur eine herausgegriffen werden soll:

H<sub>2</sub>: Die Empfehlungen von WBGU, SRU und RNE sind von ihren Adressaten, sofern dies politische Akteure waren, in den letzten zehn Jahren durchschnittlich mindestens drei Mal<sup>126</sup> pro Jahr in Rechtsnormen überführt worden.

In den forschungsethischen Teilen der Antragsformulare der relevanten wissenschaftsfinanzierenden Organisationen<sup>127</sup> gibt es bisher keine Frage, in der der Autor aufgefordert wird, seine eigenen Präferenzen zu den Hypothesen darzulegen: Wünscht sich der Antragsteller, dass diese Hypothese bestätigt wird, widerlegt wird, oder ist ihm das egal? Gäbe es diese drei Boxen zum Ankreuzen, sowie eine Begründungsmöglichkeit, dann würden zwar nicht allgemeine Werturteile, aber die für den jeweiligen Forschungskontext relevante Frage nach Präferenzen bezüglich des Ausgangs der Forschung expliziert. Im vorliegenden Beispiel wäre es möglich gewesen, dass der Antragsteller bekannt hätte:

---

<sup>125</sup> Deutscher Bundestag 2013, 285.

<sup>126</sup> Da eine empirische Hypothese falsifizierbar formuliert sein muss, macht eine konkrete Zahl hier Sinn. Eine vagere Formulierung, z.B. „mehrmals“ würde die Hypothese weniger angreifbar machen, was auch epistemischen Gründen nachteilig wäre. Selbstverständlich trägt die Widerlegung dieser Hypothese, etwa weil es im Durchschnitt vier Mal oder zwei Mal pro Jahr passierte, ebenso zum wissenschaftlichen Fortschritt bei wie ihre Bestätigung. So wie H<sub>1</sub> nun formuliert ist, erübrigt sich auch die Unterhypothese, ob es WBGU, SRU und RNE in jeweils gleichem Ausmaß gelungen ist, öffentliche Diskurse zu beeinflussen.

<sup>127</sup> Vgl. die Richtlinien der Deutschen Forschungsgemeinschaft 1998.

„Der Antragssteller hat Präferenzen für die Widerlegung der Hypothese H<sub>2</sub>. Hintergrund ist, dass der Antragsteller schon vor einigen Jahren die Idee eines Zukunftsrat in die Debatte eingebracht hatte, in dem die genannten Expertengremien aufgehen könnten“<sup>128</sup>

Möglicherweise hätte der Antragsteller auch bekannt: „Der Antragssteller hat Präferenzen für die Bestätigung der Hypothese H<sub>2</sub>. Hintergrund ist, dass er vor einigen Jahren selbst ein Gutachten zum Einrichtungserlass des WBGU verfasst hat und sich wünscht, dass dieser Expertenrat, so wie er heute konzipiert ist, erhalten bleibt und nicht kritisch in Frage gestellt wird.“

In beiden Fällen wäre dem Antragsteller von den Gutachtern trotzdem sicher zugestanden worden, eine vorurteilsfreie und ergebnisoffene Forschungsdurchführung betreiben zu können, ohne so befangen zu sein, dass er nur noch nach Bestätigung seiner Präferenzen sucht. Ergebnisoffene Forschung ist trotz Werturteilen und Präferenzen sowohl möglich als auch nötig. Es sollte aber im Sinne des Werturteilkennzeichnungspostulats Standard werden, ausdrücklich zu sagen, ob man Präferenzen hinsichtlich der aufgestellten Hypothesen hat und wenn ja warum. Es macht einen Unterschied, ob ein empirisch Forschender sich selbst überprüft, ob er Präferenzen für die Bestätigung der einen oder anderen Hypothese hat. Die von Max Weber geforderte „wissenschaftliche Selbstkontrolle“ ist als Anfrage an die *empirisch* Forschenden heute so aktuell wie damals. Dies würde innerhalb der scientific community das Bewusstsein fördern, dass ergebnisoffene Forschung *trotz* existierender Werturteile möglich ist.

Wenn sich diese Einsicht im Hinblick auf empirische Hypothesen durchsetzen würde, dann würde es auch ein neues Licht auf die Behauptung werfen, dass ergebnisoffenes normatives Forschen angesichts der (unbestrittenen) eigenen Werturteile und Präferenzen grundsätzlich unmöglich sei. Bei jeder der beispielhaft angegebenen normativen Hypothesen (H<sub>Polity</sub>, H<sub>Policy</sub>, H<sub>Politics</sub>) könnte ein normativ Forschender zu Beginn seines Forschungsprozesses sein gewünschtes Ergebnis reflektieren – bevor er ergebnisoffen seine Hypothesenüberprüfung beginnt. Zugegeben, hier mag der Prozess der Bewusstmachung und Selbstkontrolle noch schwieriger sein, unmöglich ist er nicht.

#### 2.3.3.9 Zwei vitale Äste der Politikwissenschaft?

Auch wenn es Ausnahmen gibt,<sup>129</sup> so bestätigen sie nur die Regel, dass eine Überprüfung diverser normativer Hypothesen in actu (bzw. der meta-ethischen Forschung über angemessene Methodiken dafür) kein vitaler Bereich der Politikwissenschaft in Deutschland

---

<sup>128</sup> Siehe Tremmel 2018a; Tremmel 2018b.

<sup>129</sup> Etwa Edge 2016; Burth 2010; Buckler 2010.



ist. Von keinem anderen Teilbereich der Politischen Theorie wird die normative Forschung mit abgedeckt. Zurecht konstatiert Patzelt, dass die normative Politikwissenschaft selbst „von den Vertretern des Teilfachs ‚Politische Theorie‘ nicht mehr so recht gepflogen“<sup>130</sup> werde. Dieser Befund steht in einem krassen Gegensatz zu dem, was in zahlreichen politikwissenschaftlichen Einführungswerken zu lesen ist. Es sind diese Bücher, die den typischen Erstsemester zum ersten Mal in Berührung mit dem Thema ‚Normativität‘ bringen. Und sie zeichnen das folgende verzerrte Bild:

*In der Politikwissenschaft werden zwei Zweige voneinander unterschieden, die sich durch ein jeweils besonderes Forschungsinteresse, methodisches Vorgehen und Wissenschaftsverständnis voneinander abgrenzen lassen: empirisch und normativ.*<sup>131</sup>

Hier entsteht der Eindruck, normative Forschung mache rund fünfzig Prozent der Tätigkeit von Forschenden und Lehrenden im Fach Politikwissenschaft aus. Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Wie kommt es zu falschen Darstellung in den Lehrbüchern? Zunächst ist darauf hinzuweisen, dass in manchen Lehrbüchern und Artikeln statt von einem ‚normativen‘ von einem ‚normativ-ontologischen‘ Zweig der Politikwissenschaft gesprochen wird.<sup>132</sup> Dieser zusammengesetzte Begriff kann – je nach Definition des Ausdrucks ‚ontologisch‘ – eine ungeeignete Wortwahl sein. In einem Klärungsversuch von ‚ontologisch‘ schreibt Patzelt: „Hinter der durch empirische Forschung fassbaren politischen Wirklichkeit liegt eine ‚tieferer‘ (bzw. ‚höherer‘) Schicht der Wirklichkeit, die allein durch philosophische Analyse erschlossen werden und geklärt werden könne. Solcher Analyse geht es um die Erkenntnis des ‚Wesens‘ der interessierenden Sachverhalte und der ihnen innewohnenden Werte, was alles ein allein *Denkmittel* benutzendes Studium des ‚Schichtenbaus des Seins‘ zureichend enthüllen könne. Eben dies bezeichnet der griechische Begriff *Ontologie*. In der

---

<sup>130</sup> Patzelt 2013, 210.

<sup>131</sup> Vgl. Kailitz 2007, XXII, Özmen 2013, 11; Schaal/Heidenreich 2016, 25; Kymlicka 1997, 9; Beyme 2007, 39. Die Zweiteilung in einen empirischen und normativen Ast wurde in den 1970er Jahren in manchen Lehrbüchern um eine ‚kritisch-marxistische‘ Schule erweitert. Als Synonyme für diesen dritten Zweig werden gelegentlich auch die Begriffe ‚historisch-dialektisch‘ oder ‚kritisch-dialektisch‘ verwendet. Diese Trias ist eine unsystematische Typologisierung. Sie verkennt, dass der Marxismus wenn auch vielleicht nicht in allen Aspekten, so doch in wesentlichem Ausmaß eine normative Theorie ist. Er stellt zum Beispiel die folgende normative Hypothese auf: „Der Staat *soll* die Produktionsmittel verstaatlichen“. Die Überprüfung solcher Hypothesen ist das normale Geschäft des normativen Zweiges der Politikwissenschaft. Die Einteilung der Politikwissenschaft in drei Äste würde auch zeitlich nur für wenige Generationen von Politikwissenschaftlern gelten können, während die Dichotomie ‚normativ-empirisch‘ Jahrtausende alt ist.

Unabhängig davon ist es interessant zu erforschen, welche Vorstellungen die sozialistischen Denker von der normativen Sphäre hatten. Zu Begriff und Idee der Gerechtigkeit bei Marx, siehe Dahrendorf 1952.

<sup>132</sup> Mols 2012, 43; Alemann/Forndran 2002, 49.

hinter der Oberfläche bloßer Phänomene verborgenen ‚wesentlichen‘ Schicht der Wirklichkeit seien vor allem jene Normen angesiedelt, nach denen z.B. die politische Welt geordnet werden müsse, wenn diese ihrem ‚Wesen‘ gemäß funktionieren und damit Bestand haben solle.“<sup>133</sup> Patzelt's Rettungsversuch in allen Ehren, aber ‚ontologisch‘ im üblichen wissenschaftstheoretischen Sinne (das Wesen einer Sache betreffend) kann von denjenigen, die von einem normativ-*ontologischen* Zweig schreiben, eigentlich nicht gemeint sein, denn sonst müsste man genauso von einem empirisch-*ontologischen* Zweig sprechen.

Erkenntnisfördernd ist bzw. wäre das weder im einen noch im anderen Fall.

Für von Alemann und Forndran scheint ‚ontologisch‘ zudem einen Bezug zu ‚religiös‘ zu haben, denn die ontologische Komponente geht nach ihrer Darstellung davon aus, dass eine Seinsordnung oder ein Sinn des menschlichen Seins existieren müsse, der meist religiös-christlich, seltener humanistisch begründet werde. Eric Voegelin, dem zusammen mit Arnold Bergstraesser der größte Einfluss auf die normativ-ontologische Politikwissenschaft in der Bundesrepublik attestiert wird,<sup>134</sup> schrieb hierzu: „Die Voraussetzung des Unternehmens, das über bloße Meinungen (doxai) zur Wissenschaft (episteme) von der Ordnung vordringen will, ist eine durchgearbeitete Ontologie, die alle Seinsbereiche, vor allem den welt-jenseitigen, göttlichen als real anerkennt und nicht versucht, die höherstufigen Seinsbereiche durch Kausalerklärungen auf niederstufige zu ‚reduzieren‘“.<sup>135</sup>

Eine religiöse Normenbegründung ist in der Theologie, aber nicht mehr in der Normativen Politischen Theorie üblich.<sup>136</sup> Durch die Anerkennung eines göttlichen Seinsbereich kann keine Rettung für das Bindestrich-Adjektiv ‚normativ-ontologisch‘ kommen. Kurzum: Die Verwendung des zusammengesetzten Begriff ‚normativ-ontologisch‘ in Lehrbüchern ist deplatziert. Man sollte nur von einem ‚normativen Zweig‘ sprechen – oder, was am adäquatesten wäre, von einem ‚normativ-evaluativen‘ Zweig.<sup>137</sup>

Nach dieser Begriffsklärung lässt sich konstatieren, dass es derzeit keinen vitalen normativ-evaluativen Forschungsast in der Politikwissenschaft gibt.<sup>138</sup> Die Autoren und Autorinnen von

---

<sup>133</sup> Patzelt 2013, 218-219.

<sup>134</sup> Alemann/Forndran 2002, 49.

<sup>135</sup> Voegelin 1959, 14.

<sup>136</sup> Ähnlich Patzelt (2013, 211), der alle auf „Glaubensakte“ gegründeten normativen Theorien aus dem Katalog der prüffähigen normativen Theorien aussortiert.

<sup>137</sup> Vgl. Fußnote 2.

<sup>138</sup> Ein gewisses Unbehagen ist nicht zu verkennen, wenn der ‚Berg-Schlosser/Stammen‘, eines der häufig verwendeten Einführungswerke für Studienanfänger, über alle anderen schreibt: „Über den normativ-ontologischen Theorie-Ansatz wissen die meisten neueren Einführungen in die Politikwissenschaft vergleichsweise wenig Aufschlußreiches mitzuteilen (...)“ (Berg-Schlosser/Stammen 2003, 47).

politikwissenschaftlichen Einführungswerken könnten die Diskrepanz zwischen ihren Darstellungen und der Wirklichkeit auflösen, indem sie normative Forschungen, wo immer es heute diese zarten Pflänzchen gibt, berücksichtigen und damit den normativen Ast der Politikwissenschaft wieder stärker gedeihen lassen. Man könnte die Diskrepanz zwischen politikwissenschaftlichen Einführungsbüchern und der Wirklichkeit natürlich auch in die andere Richtung auflösen, d.h. die Einführungsbücher so umschreiben, dass der normative Zweig der Politikwissenschaft nur noch als Reminiszenz vergangener Zeiten erwähnt wird, der heute jedoch ‚abgestorben‘ ist. Dies wäre der leichtere Weg, aber nicht der ergiebigere.

#### 2.3.3.10 *Die marginalisierte Forschung über normative Hypothesen*

Voraussetzung für eine Renaissance normativer Forschung innerhalb der Politikwissenschaft ist eine Verständigung innerhalb des Faches, welche Art von Wissen normative Forschung schafft. Bekanntlich sprechen nicht wenige empirisch ausgerichtete Politologen der normativen Forschung explizit die Wissenschaftlichkeit *ab*.<sup>139</sup> Aus dieser Sicht dieser Gruppe die Abschaffung der Forschung und Lehre zu normativen politikwissenschaftlichen Fragen eine logische Folge der allgemeinen Ersetzung irrationaler und mystischer Weltbilder durch rationale wissenschaftliche Erklärungen im Prozess der Modernisierung.<sup>140</sup> Diese Kritiker dürfte man kaum noch von der Existenzberechtigung normativer Forschung überzeugen können. Was schwerwiegender wiegt ist jedoch der Umstand, dass nur wenige Empiriker ihr explizit die Fähigkeit *zusprechen*, Wissen schaffen zu können. Die meisten Empiriker äußern sich nicht explizit. Sie begegnen den Normativisten mit „einer wurstigen Duldsamkeit“<sup>141</sup>, so Beyme. Von Abschottungstendenzen spricht Patzelt: „Einen ersten Weg zur Abschottung von praktisch wichtigen normativen Diskursen beschreiten empirische Politikwissenschaftler immer wieder mit dem Hinweis auf die Vorzüge der Arbeitsteilung. Ihrerseits erforschten sie allein die „res gestae“, also das, was ist oder war. Die „res gerendae“ hingegen, also Maßnahmen, die auf solcher Wissensgrundlage nun womöglich sinnvoll, ja wünschenswert wären: Sie gingen den Politikwissenschaftler alleinfalls in seiner Rolle als Staatsbürger etwas an, in welcher er nun aber nicht mehr wissen und nicht weiter blicken könne als jeder andere auch.“<sup>142</sup>

Diesem Desinteresse will dieses Lehrbuch entgegenreten. Bei allem Respekt für den Nutzen empirischen Forschens verliert die Frage nach dem Gesollten nicht an Kraft: „Denn auch

---

<sup>139</sup> Riker 1982, 753; Gunnell 2006, 780; Schmitz/Schubert 2006, 26. Eine Aufzählung solcher despektierlicher Fundstellen findet sich bei Schaal/Heidenreich 2016, 26-27.

<sup>140</sup> Vgl. Schaal/Heidenreich 2016, 26.

<sup>141</sup> Beyme 2000, 60.

<sup>142</sup> Patzelt 2011, 71.

wenn die Wissenschaft diese Frage für töricht, ja ‚unwissenschaftlich‘ hält, werden die Menschen weiterhin die Frage stellen, warum sie eine Art politischer Ordnung einer anderen vorziehen sollen.“<sup>143</sup> Die akademische Politikwissenschaft würde verarmen, wenn sie ihren normativen Ast absterben ließe und sich allein auf Deskription, Analyse und Erklärung der politischen Realität beschränkte, ohne ethische Kriterien zu deren Beurteilung und Gestaltung zu erarbeiten.<sup>144</sup>

Im Gegensatz zu empirischen Theorien können sich normative Theorien der Wirklichkeit *kritisch* gegenüberstellen und Orientierungswissen bieten.<sup>145</sup> Indem Thesen aufgestellt werden, wie eine ‚gute‘ Ordnung, eine ‚gute‘ Staatsverfassung, ein ‚gutes‘ Wahlrecht oder ein ‚gutes‘ Gewaltenteilungsmodell auszusehen hat, bieten sie Denkfiguren an, die für das Zusammenleben von Menschen von großem Belang sind. Nur normative Theorien sagen uns, wie die politische Welt – von den Handlungsmaximen konkreter Akteure bis hin zu bestehenden komplexen Staatsformen – verbessert werden kann. Eine Politikwissenschaft, die den Sollensbereich ausklammert, kann widerstandslos vor den Karren menschenverachtender Ideologien gespannt werden.<sup>146</sup>

Wenn es der Politikwissenschaft um Antworten auf Fragen wie die nach dem richtigen politischen Handeln oder nach dem besseren politischen System geht, und das sollte es, so muss sie die Methodenkenntnisse bereiterhalten, die nötig sind, um *gute* normative Theorien von *schlechten* zu scheiden.<sup>147</sup> Darin muss auch der wissenschaftliche Nachwuchs ausgebildet werden.

#### 2.3.4 Wissenschaftstheorie der Politikwissenschaft

„Was können wir über die Welt der Politik wissen?“ – früher oder später landen viele Politische Theoretiker bei der auf die Politikwissenschaft gemünzte Fassung von Kants berühmter Frage „Was können wir wissen?“ Der vierte Teilbereich der Politischen Theorie –

---

<sup>143</sup> Hennis 2000, 11.

<sup>144</sup> Die *Deutsche Gesellschaft zur Erforschung des politischen Denkens* veröffentlichte 2009 ein Manifest, in dem sie eine sorgenvolle Tendenz zur „Ausdünnung der Politischen Theorie, der Politischen Philosophie und der Politischen Ideengeschichte in politikwissenschaftlichen Departments und Instituten“ (Zehnpfennig/Kauffmann/Nida-Rümelin 2010, 1) in Deutschland beklagt. Professuren in Politischer Theorie machen wie erwähnt nur noch rund 14 Prozent aller Professuren des Fachs aus; dies ist nur die Hälfte des rechnerisch zu erwartenden Wertes, wenn man die Politische Theorie (inklusive Normativer Politischer Theorie und Ideengeschichte) als einen von vier im Prinzip gleichermaßen wichtigen Pfeilern des Fachs Politikwissenschaft betrachtet.

<sup>145</sup> Vgl. Schaal/Heidenreich 2016, 28.

<sup>146</sup> Vgl. Beyme 2000, 42.

<sup>147</sup> In Bezug auf empirische Theorien ist dies als Ziel von Methodenausbildung weithin akzeptiert, vgl. Behnke/Behnke 2010. Zur Unverzichtbarkeit von Methodenkenntnissen auch in der Normativen Politischen Theorie, siehe Behnke (2012).

nach Ideengeschichte, Begriffsklärungen und Normativer Politischer Theorie – ist die Wissenschaftstheorie. Dieser Bereich hat insofern eine Sonderstellung, weil er aller politikwissenschaftlichen Forschung logisch vorgelagert ist.

Die Wissenschaftstheorie der Politikwissenschaft setzt sich mit der Frage auseinander, worin Wissenschaftlichkeit überhaupt besteht. Welche Rolle spielen ‚Wahrheit‘ und ‚Objektivität‘ in Bezug auf empirische politikwissenschaftliche Hypothesen und Theorien? Wo liegen die Grenzen des politikwissenschaftlichen Wissens?

Es geht aber nicht nur um das Was, sondern auch über das Wie. Wie können wir unseren Wissensstand über die empirische politikwissenschaftliche Welt erhöhen? Hier Antworten zu liefern ist die Aufgabe der Wissenschafts- bzw. Erkenntnistheorie als Teilgebiet der Politischen Theorie.

Bekanntlich bestehen Unterschiede zwischen empirischer Forschung in der Politikwissenschaft und in den naturwissenschaftlichen Disziplinen in Bezug auf mindestens drei Themenkomplexe:

- 1) die große Variabilität menschlichen Verhaltens;
- 2) sich-selbst-erfüllende/sich-selbst-zerstörende Prognosen;
- 3) die Grenzen des Wissenserwerbs, die die Forschungsethik setzt.

Aber heißt das nun, dass die Methoden naturwissenschaftlichen Forschens überhaupt nicht in den Sozialwissenschaften anwendbar sind?<sup>148</sup> Diese Frage zu durchdenken ist eine der Aufgaben der Politischen Theorie, die sie für die Politikwissenschaft als Ganzes leisten kann und sollte.

Wohlgemerkt, die empirische Forschung selbst ist kein Teilgebiet der Politischen Theorie, sondern nur die Forschung *über* die empirische Forschung auf der Metaebene. Würde die empirische Hypothesen- bzw. Theorienüberprüfung, das ‚täglich Brot‘ des Empirikers, in das Tätigkeitsfeld des Politischen Theoretikers aufgenommen,<sup>149</sup> so würde die Disziplin Politische Theorie gleichbedeutend mit der Disziplin Politikwissenschaft in ihrer Gesamtheit. Für die anderen Teilgebiete der Politikwissenschaft blieb dann kein eigenständiger Bereich übrig.<sup>150</sup>

---

<sup>148</sup> Probst (2016, 105) sieht eine Tendenz zur Vermathematisierung der Politikwissenschaft.

<sup>149</sup> Politische Theoretiker können selbstverständlich rein empirische Studien durchführen, aber dann setzen sie dafür den Hut eines Komparativisten etc. auf, nicht den Hut des Politischen Theoretikers.

<sup>150</sup> Hier sind andere Lehrbücher und Fachartikel oft nicht ganz klar. Laut Thiery umfasst die Disziplin Politische Theorie neben Politischer Ideengeschichte; Politischer Philosophie und Wissenschaftstheorie der Politikwissenschaften einen vierten Bereich, den er mit „moderne politikwissenschaftliche Theorie“ bezeichnet. Dieser umfasse „die empirisch-analytischen Theorien und Modelle, mit denen die komplexe politische Realität erfasst, geordnet, und vor allem erklärt bzw. prognostiziert werden kann“ (Thiery 2012, 194). Auch Buchstein (2015, 35) bestimmt den Gegenstandsbereich des Fachs ‚Politische Theorie‘ unter Einbezug der empirischen Theorien: „Die *empirischen* Politischen Theorien versuchen zu ermitteln, inwieweit sich empirische Befunde aus der Politik zu verallgemeinerbaren

Durch die Überhöhung der Politischen Theorie zur Leitdisziplin der gesamten Politikwissenschaft stärkt man die Politische Theorie nicht – man schwächt sie. Unter Politischen Theoretikern kursiert gelegentlich die Sorge, dass die Existenz theoriegeleiteter arbeitender Empiriker als Begründung angeführt könnte, um die Politische Theorie institutionell für überflüssig zu erklären. Laut Jörke und Nullmeier „reklamieren die anderen politikwissenschaftlichen Teilbereiche im Zuge eines gewachsenen Selbstbewusstseins, selbst politische Theorien zu produzieren, und das in hinreichendem Maße, so dass der Bedarf an Theorie schon intern gedeckt scheint.“<sup>151</sup> Und Buchstein und Göhler formulieren ironisch: „Theoriearbeit betreibt doch irgendwie jeder Politikwissenschaftler in seiner jeweiligen Subdisziplin, und deshalb bedarf es – abgesehen von einigen wenigen Ideengeschichtlern, die in ihrer Nische Traditionspflege betreiben – heutzutage nicht mehr einer autochthonen Politischen Theorie.“<sup>152</sup> In der Tat: Fast alle politikwissenschaftlichen Institute, auch die empirisch ausgerichteten, nehmen für sich in Anspruch, mit politischen Theorien (zur Abgrenzung zur Disziplin Politische Theorie sollte man diese stets mit kleinem p schreiben) zu forschen.<sup>153</sup> Was wäre denn das Gegenstück, also eine *nicht* theoriegeleitete empirische Forschung? Im *Novum Organon Scientiarum* empfiehlt Francis Bacon<sup>154</sup> die induktive Vorgehensweise, deren erster Schritt das vorurteilsfreie Beobachten sei. Bacons Beispiel ist die Ermittlung der Natur der Wärme.<sup>155</sup> Zunächst sollen sämtliche Fälle registriert werden, die mit dem Auftreten von Wärme verbunden sind. Hierbei stößt man auf so verschiedenartige Phänomene wie Sonnenstrahlen, Blitze, jede Flamme, kochende und erhitzte Flüssigkeiten, Dämpfe und heißer Rauch, alles Haarige (Tierfelle, Wolle, Federkleid), aneinandergeriebene Körper, Pferdemit und anderer frischer Tierkot, Chili und ähnliche Gewürze, die im Mund brennen. Dies alles zunächst ohne ‚Theoretisieren‘ zu erfassen, ist für Bacon essenziell.

Was wäre ein analoges Beispiel zu Bacons Beispiel in den Politikwissenschaften? Um dies zu verdeutlichen, wird nachfolgend ein theoriegeleitetes einem theorielosen empirischen Forschungsprojekt gegenübergestellt. Es ist anzunehmen, dass der Interessenkonflikt

---

theoretischen Aussagen verdichten lassen.“ Wenn dies bedeuten soll, dass Politische Theoretiker auf der Metaebene *über* diese Theorien forschen, ist die Aussage nicht zu beanstanden.

<sup>151</sup> Jörke/Nullmeier 2012, 5.

<sup>152</sup> Buchstein/Göhler 2007, 10.

<sup>153</sup> So steht beispielsweise im Mission Statement des Instituts für Politikwissenschaft der Uni Tübingen: „unsere Schwerpunkte liegen dabei auf einer Forschung, die empirisch ausgerichtet, zugleich aber theoriegeleitet ist (...)“ <http://www.wiso.uni-tuebingen.de/faecher/ifp/institut/leitbild-des-instituts.html>.

<sup>154</sup> Hier wird zur Illustration des Unterschieds zwischen theoriegeleiteter und nicht-theoriegeleiteter empirischer Forschung ein bestimmter Aspekt von Bacons Methodenlehre herausgegriffen. Dies geschieht nicht in der Absicht, Bacons Werk in Gänze zu kritisieren oder gar lächerlich zu machen.

<sup>155</sup> Bacon 2015, II, § 11.

zwischen Generationen wegen der bisher unbewältigten ökologischen und demografischen Herausforderungen zunehmend an Bedeutung gewinnt. Entsprechend müsste dann ‚Generationengerechtigkeit‘ als Gerechtigkeitskategorie in der politischen Arena zunehmend häufiger thematisiert werden. Die allfällige Rede vom Ende des sozialdemokratischen Zeitalters könnte ein Stück weit empirisch fundiert werden, falls ‚Generationengerechtigkeit‘ in Bundestagsdokumenten inzwischen öfter als ‚Soziale Gerechtigkeit‘ thematisiert würde. Theoriegeleitet wäre also ein empirisches Forschungsdesign, welches mittels Inhaltsanalyse untersucht, wie oft die Wörter ‚Generationengerechtigkeit‘ und ‚Soziale Gerechtigkeit‘ in Bundestagsdokumenten vorkommen.<sup>156</sup> Dieselben Methoden der Inhaltsanalyse, heute meist softwarebasiert, lassen sich natürlich auch einsetzen, um die relative Häufigkeit des Auftauchens anderer Begriffe in dem gleichen Dokumentensatz zu ermitteln, etwa ‚Soziale Gerechtigkeit‘ und ‚Kugel‘. Würde man ermitteln, wie in Bundestagsdokumenten diese beiden Wörter benutzt würden, so könnte dies eine methodisch einwandfreie empirische Untersuchung mit modernster Textmining-Software sein. Aber sie wäre theoriefrei und damit sinnlos.

Ganz so offensichtlich ist eine mangelnde Theoretisierung in einer empirischen Studie selten, aber gelegentlich finden sich bei empirischen Arbeiten stolze Sätze über die angewandte Forschungsmethode, während gleichzeitig darauf hingewiesen wird, dass der theoretische Teil der Arbeit knapp gehalten sei, schließlich solle ja nicht theoretisiert, sondern empirische Forschung betrieben werden. Dabei wird leider übersehen, dass empirische Forschung ohne Einbettung in einen theoretischen Rahmen zwar nicht ergebnislos, aber oft sinnlos verlaufen wird. Es ist ein Irrweg, in Forschung und Lehre das wissenschaftstechnisch Raffinierte dem theoretisch Durchdachten vorziehen zu wollen. Im Grunde ist jede sinnvolle empirische Wissenschaft ein Dialog zwischen Theorie und Daten.<sup>157</sup> Oder anders gesagt: Jede vernünftige empirische Forschung ist „ein höchst theoretisches Unternehmen“.<sup>158</sup>

Beim Forschen über das empirische Forschen haben Politische Theoretiker zu beachten, dass viele Empiriker heute mit Modellen arbeiten.<sup>159</sup> Jedes Modell ist eine Vereinfachung der Realität. Warum Modelle dennoch in der Wissenschaft eine Existenzberechtigung haben, wurde Box und Draper auf den Punkt gebracht: “[E]ssentially, all models are wrong, but some

---

<sup>156</sup> Tremmel 2011.

<sup>157</sup> Gschwend/Schimmelfennig 2007. Dies gilt umso mehr in Zeiten von ‚big data‘. Man findet hier nur etwas, wenn man zielgerichtet, d.h. hypothesen- bzw. theoriegeleitet, sucht.

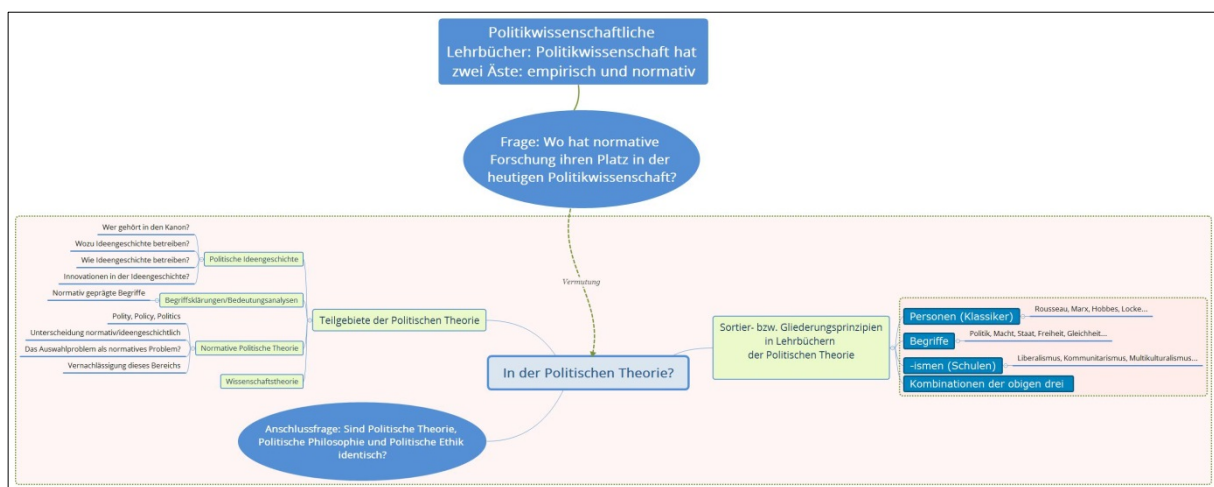
<sup>158</sup> Dreier 1997, 25.

<sup>159</sup> Laut Buchstein (2015, 37) konkurrieren derzeit zwei formale Theorieansätze miteinander, der akteurszentrierte Ansatz von Rational-Choice-Modellen und der systemorientierte Ansatz von Niklas Luhmann. Modelle haben mit Gedankenexperimenten gemeinsam, dass sie von realen Begebenheiten abstrahieren, unterscheiden sich aber von letzteren in diversen Punkten.

are useful.”<sup>160</sup> Das vermutlich wichtigste Modell für die Politikwissenschaft ist das aus der Ökonomie stammende Axiom des stets eigennützig handelnden Akteurs.<sup>161</sup> Auf diesem Axiom basierende Forschungen begründen inzwischen ein eigenständiges Teilgebiet namens Politische Ökonomie an der Schnittstelle von Ökonomie und Politikwissenschaft.<sup>162</sup>

Damit sind die vier Teilgebiete der (Sub-)Disziplin Politische Theorie in positivum benannt. Normative Forschung hat dort ihren Platz, wird allerdings de facto gegenwärtig vernachlässigt. Das erste Kapitel wird nachfolgend durch eine Mindmap zusammengefasst.

### Mindmap 1: Das erste Kapitel



In den weiteren Kapiteln dieses Lehrbuchs wenden wir uns ausschließlich der normativen politikwissenschaftlichen Forschung zu. Zunächst geht es um den Status normativer Hypothesen. Dann werden nach und nach vier Prüfverfahren vorgestellt, mit denen die Richtigkeit normativer Hypothesen möglicherweise erhärtet bzw. erschüttert werden kann: der Schleier der Unwissenheit, der Kategorische Imperativ, der Unabhängige Beobachter und die durch die Diskursregeln gekennzeichnete ideale Sprechsituation. Anschließend wird diese Methodologie auf eine normative Hypothese im Kontext von Gewalt gegen politische Opponenten angewandt. Damit wird performativ der normative Forschungsansatz demonstriert. Das Abschlusskapitel baut für weitergehend Interessierte eine Brücke zur Metaethik und verortet die hier vertretenen Positionen in der metaethischen Debatte. Dort wird noch mal ausführlich die Beweisbarkeit bzw. Falsifizierbarkeit von normativen

<sup>160</sup> Box/Draper 1987.

<sup>161</sup> Unpassenderweise wird ein solches Handeln als ‚rational‘ und der entsprechende Mensch als ‚homo oeconomicus‘ bezeichnet. Vertiefend zu diesen Begrifflichkeiten, siehe Tremmel 2012, 282-284.

<sup>162</sup> Vgl. Braun 1998.



Hypothesen, der Status von empirischen Daten für normative Theorien und die Sein/Sollen-Dichotomie in den Blick genommen.